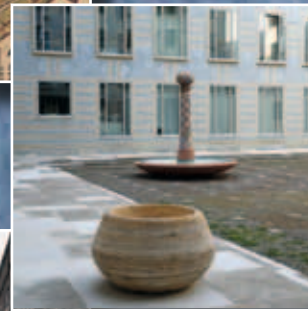




200
Jahre
Regierung
von Unterfranken



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
PRÄSIDIUM	
„200 Jahre Regierung von Unterfranken 1817-2017“: Von den Anfängen bis heute.....	2
Tanken an der Steckdose.....	4
Flüchtlingsbetreuung und Integration, weitere Außenstellen in Betrieb.....	5
SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES	
Kinderschutz geht alle an!.....	6
Beschäftigung und Ausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten.....	7
Zentrale Ausländerbehörde Unterfranken: Eine Behörde stellt sich vor.....	8
Integration von Flüchtlingen, 10 Jahre Integrationspreis.....	9
Katastrophenschutzübung an der DB-Schnellfahrstrecke Würzburg-Fulda.....	10
WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR	
Kommunen meistern die Energiewende – „Wege kommunalen Engagements“.....	11
Das ZAE Bayern als herausragender Wegbereiter und Beschleuniger der Energieforschung und des technologischen Fortschritts.....	12
Ein Würfel für kreative Ideen – ZDI Mainfranken.....	13
Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in Unterfranken.....	14
Fünf Jahre Konversionsmanagement in Unterfranken.....	15
PLANUNG UND BAU	
Bauen für die Sicherheit – Einweihung der größten Polizeiinspektion Bayerns in Würzburg....	16
Straßenbauförderung aus einer Hand.....	17
Baurecht für die Ortsumgehung Wegfurt: intakte Infrastruktur wichtig für den ländlichen Raum.....	18
„Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“, Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge.....	19
IQ - Innerstädtische Wohnquartiere - „Liebig-Höfe“ in Aschaffenburg.....	20
SCHULEN	
Faszination Mathematik – Knobeln und rechnen fürs Leben.....	21
Die Mittelschule Gochsheim ist eine „starke Schule“ – Platz 1 in Bayern.....	22
Gemeinsam auf dem Weg in Beschäftigung und Arbeit am Beispiel inklusive beruflicher Bildung.....	23
„Zweitqualifizierung für Lehrkräfte“ – Sondermaßnahmen in der Lehrerbildung.....	24
Schulentwickler lassen sich schulen.....	25
UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	
Ausgezeichnet! Wasserschutzbrot der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ unter den Top 3 des Deutschen Nachhaltigkeitspreises.....	26
LIFE+Naturprojekt MainMuschelkalk.....	28
Digitalisierung der Weinbergsrolle.....	29
Interaktive Wanderausstellung „Landwirtschaft und Naturschutz in Mainfranken“.....	30
GEWERBEAUF SICHTSAMT	
Wo gehobelt wird, da fallen Späne.....	31
125-jähriges Jubiläum der unterfränkischen Gewerbeaufsicht.....	32
Qualität hat Vorrang, Qualitätsmanagement in der Marktüberwachung.....	34
Bessere Regelung zur Wochenruhezeit für Kraftfahrer.....	35
ORGANISATIONSPLAN	36
BILDNACHWEIS	37
IMPRESSUM	38



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2017 war auch für die Regierung von Unterfranken ein forderndes Jahr. Davon zeugt unser aktueller Jahresrückblick mit einer Auswahl an Themen, die uns im vergangenen Jahr beschäftigt haben. Getreu unserem Leitbild „Wir arbeiten für Unterfranken“ sind wir als staatliche Mittelbehörde dem Wohle unseres Regierungsbezirkes verpflichtet. Unsere Heimat zu bewahren, zu schützen, zu pflegen, aber auch weiter zu entwickeln, dass sich die Menschen „zu Hause“ fühlen können und eine gute Zukunft für sich und ihre Familie sehen, ist unser gemeinsames Ziel. Unsere Städte, Märkte und Gemeinden leisten dazu als Lebens- und Kommunikationszentren einen wichtigen Beitrag. Zusammen können Staat und Kommunen viel erreichen. Eine funktionierende staatliche Grundordnung ist dafür jedoch unerlässlich.

Mit dem aktuellen Jahresblick greifen wir einige Themen auf, die unsere Arbeit auch im Zusammenwirken mit anderen Behörden, Kammern, Verbänden und sozialen Einrichtungen kennzeichnen. Dabei hat sich die Regierung von Unterfranken in ihrer über 200-jährigen Geschichte immer schon den aktuellen gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Herausforderungen gestellt. Dem geschichtlichen Rückblick widmet sich angesichts des Jubiläumjahres gleich unser erster Beitrag unter der Überschrift „200 Jahre Regierung von Unterfranken 1817 - 2017: Von den Anfängen bis heute“ (S. 2f).

Ein Beispiel positiver Zusammenarbeit spiegelt auch der Beitrag „Kinderschutz geht alle an!“ (S. 6) wider. Der Beitrag zum Runden Tisch im Hinblick auf die „Beschäftigung und Ausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten“ unterstreicht die enge Kooperation, die wir als Bezirksregierung mit Kammern und anderen Einrichtungen pflegen. Mein Dank gilt hier Allen, mit denen wir zur Nachbewältigung der hohen Asylbewerberzugänge der vergangenen Jahre vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die Ehrenamtlichen schließe ich dabei ausdrücklich mit ein.

Wirtschaftlich steht Unterfranken aktuell hervorragend da, mit einer weit unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote, einer auch international erfolgreichen Wirtschaft und als zukunftsorientierter Wissenschaftsstandort, der sich konsequent den Herausforderungen der Digitalisierung und der Energiewende stellt (siehe dazu die Beiträge auf den Seiten 11 bis 13). Einen unmittelbaren Beitrag zur Digitalisierung hat die Regierung von Unterfranken in den vergangenen Jahren dabei selbst geleistet (S. 29).

Grundlage einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist der Ausbau bzw. die Erneuerung der Infrastruktur, wobei gerade in ländlichen Regionen dem Erhalt und gegebenenfalls der Revitalisierung der Innenstädte, aber auch der Leerstandnutzung eine besondere Rolle und Chance zukommt. Mit den Mitteln der Städtebauförderung und durch die Nutzung von vormaligem Leerstand als Wohnung für anerkannte Flüchtlinge konnten wir dabei in Unterfranken in den letzten Jahren einige hervorragende Akzente setzen (S. 19). Ich appelliere hier an die Kommunen, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.



Schule, Umwelt, Verbraucherschutz und Gewerbeaufsicht sind weitere Themenfelder, die uns auch im vergangenen Jahr gefordert haben. Inklusive berufliche Bildung, Zweitqualifizierung von Lehrkräften und exemplarisch die mittlerweile 10. Unterfränkische Mathematikmeisterschaft stehen beispielhaft für eine vorausschauende Bildungsarbeit (S. 21 ff). Dass Landwirtschaft und Grundwasserschutz bzw. Landwirtschaft und Naturschutz durch enge Kooperationen gemeinsam positive Akzente setzen können, belegte im vergangenen Jahr unser „ausgezeichnetes“ Wasserschutzbrot (S. 26) sowie die Wanderausstellung „Landwirtschaft und Naturschutz in Mainfranken“ (S. 30). Und zuletzt: Auch das Gewerbeaufsichtsamt kann in diesem Jahresrückblick wieder mit einigen interessanten Themen aufwarten, etwa wenn es um die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems im Bereich der Marktüberwachung oder um einen Rückblick auf die nunmehr 125-jährige Erfolgsgeschichte der Gewerbeaufsicht insgesamt geht (S. 31 f).

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, dass wir mit der Auswahl der Themen auch diesmal wieder auf Ihr Interesse stoßen. Dienen doch diese Beiträge auch dazu, unsere Aufgaben als staatliche Mittel- und Bündelungsbehörde in der Öffentlichkeit transparent zu machen. Ich freue mich, wenn Sie uns auch in den nächsten Jahren wieder konstruktiv begleiten. Für Rückfragen zu den einzelnen Themen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den angegebenen Kontaktdaten gerne auch persönlich zur Verfügung. Nutzen Sie die Möglichkeit, bei Fragen mit uns in Verbindung zu treten!

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Paul Beinhofer'.

Dr. Paul Beinhofer
Regierungspräsident
von Unterfranken

„200 Jahre Regierung von Unterfranken 1817-2017“: Von den Anfängen bis heute

Feierstunde mit Ausstellungseröffnung in Anwesenheit von Staatsminister Joachim Herrmann

Durch Königliche Verordnung vom 27. März 1817 noch als „Königlich bayerische Kreisregierung des Untermainkreises“ errichtet, kann die Regierung von Unterfranken seit Anfang April 2017 auf ihr 200-jähriges Bestehen zurückblicken. Seit nunmehr über 200 Jahren stellt sich damit die Regierung von Unterfranken als zentrale staatliche Koordinierungs- und Bündelungsbehörde mit einer breiten Aufgabenvielfalt Jahr für Jahr den regionalen Herausforderungen.

Aus diesem Anlass hatte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer am 31. März 2017 zu einer Feierstunde mit anschließender Ausstellungseröffnung in die Regierung von Unterfranken eingeladen. Rund 100 Gäste waren seiner Einladung gefolgt, darunter die Landtagspräsidentin Barbara Stamm, zahlreiche Abgeordnete, die unterfränkischen Landräte, Vertreter von Kirchen, der Wirtschaft, der Gerichte und Behörden und viele weitere mehr. Im Rahmen der Feierstunde, die im Großen Sitzungssaal stattfand, hielt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Festansprache zum Thema „Die Regierungen in Gegenwart und Zukunft“. Staatsminister Herrmann unterstrich die



Ankommen vor dem Regierungsgebäude: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (rechts) und Regierungsvizepräsident Jochen Lange (links) heißen Staatsminister Joachim Herrmann (2. v. rechts) und Oberbürgermeister Christian Schuchardt herzlich willkommen.



In seinem Festvortrag lobte Staatsminister Herrmann die Arbeit der Regierung. Sie sei in einem Flächenland wie Bayern als Scharnier zur Staatsregierung unverzichtbar.

Bedeutung der Regierungen in einem Flächenland wie Bayern, die sich gerade in schwierigen Zeiten als zentrales Scharnier zwischen den unterschiedlichen Verwaltungsebenen immer wieder bewährt haben und damit auch letztlich unverzichtbar seien. Als eines von vielen Beispielen könne jüngst die Bewältigung des Asylbewerberzustroms benannt werden, so Staatsminister Herrmann. Der Staatsminister machte klar, dass die Staatsregierung auch künftig auf schlagkräftige Bezirksregierungen setze.

Prof. Dr. Werner K. Blessing (Erlangen) sprach in seinem Festvortrag zum Thema „Staatsverwaltung und Gesellschaftsbedarf – Schlaglichter auf Unterfrankens Regierung im 19. Jahrhundert“. Prof. Blessing legte



Prof. Dr. Werner K. Blessing gab einen Einblick in die Regierungsarbeit des 19. Jahrhunderts.

dabei seinen Schwerpunkt auf die Anfänge der Regierungstätigkeit. Es zeigte sich schon damals, dass die Arbeit der Regierung immer im engen Kontext zu den gerade anstehenden gesellschaftlichen Notwendigkeiten stand. Finanzkrisen, Kriege und gesellschaftliche Umbrüche und Demografie prägten die Arbeit auch der früheren „Kreis“-Regierung. Dabei spielten die Planung und der Ausbau der Infrastruktur, das Schul- und Bildungswesen, die Gesundheitsvorsorge



und damit letztlich die auch heute noch klassischen Regierungsaufgaben über die Jahrhunderte hinweg stets eine zentrale Rolle.

Für die musikalische Umrahmung während der Feierstunde sorgte ein Bläserensemble des Heeresmusikkorps Veitshöchheim unter Leitung von Hauptfeldwebel



Foto Staatsarchiv Würzburg: Protokollbände der Regierung aus dem Jahr 1819

Die Ausstellung „200 Jahre Regierung von Unterfranken 1817-2017“ war im Anschluss an die Ausstellungseröffnung noch bis Ende April im Regierungsfoyer und bis Ende Juni im Staatsarchiv Würzburg zu sehen. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich über die Geschichte und Arbeit der unterfränkischen Bezirksregierung zu informieren. Auch künftig kann die Ausstellung noch im 2. Obergeschoss der Regierung von Unterfranken im Hauptgebäude am Würzburger Peterplatz besichtigt werden. Alle Ausstellungstafeln und das zugehörige Begleitheft sind darüber hinaus auch im Internet abrufbar.



Begleitheft zur Ausstellung

Johannes Hardenacke



Für die musikalische Umrahmung sorgte ein Blechbläserensemble des Heeresmusikkorps Veitshöchheim.

Mathias Müller. Den feierlichen Abschluss bildeten das Frankenlied, die Bayernhymne und auf Wunsch des Innenministers auch das Deutschlandlied.

Nach der Feierstunde wurde die Ausstellung „200 Jahre Regierung von Unterfranken 1817-2017“ im Foyer der Regierung offiziell eröffnet. Die Ausstellung spannt auf 30 Ausstellungstafeln und mit zahlreichen Archivalien einen Bogen von den Anfängen der Regierung bis heute. Von Geschichte und Baugeschichte über die Darstellung einiger Regierungspräsidenten (von Asbeck, von Luxburg und Stegerwald) wird der Blick auf aktuelle Aufgabenfelder der Regierung gelenkt. Ergänzt wurde die Ausstellung um 12 Ausstellungstafeln der Ausstellung „200 Jahre Unterfranken in Bayern 1814-2014“, die in früherer Zusammenarbeit mit dem Bezirk Unterfranken und dem Amt für Ländliche Entwicklung entstanden ist.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1109

E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Tanken an der Steckdose

Regierung von Unterfranken setzt auf Elektromobilität

Bereits im November 2008 hat die bayerische Staatsregierung die „Zukunftsoffensive Elektromobilität“ beschlossen. Ziel ist es, den Ausbau eines flächendeckenden Schnellladenetzes voran zu treiben und Bayern zum elektromobilen Vorzeigestandort zu machen. Im Hinblick auf die Klimaziele der bayerischen Staatsregierung haben Landtag und Ministerrat im Frühjahr 2016 konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Elektromobilität ergriffen. Um den Anteil der Elektrofahrzeuge bei Neuzulassungen im staatlichen Fuhrpark deutlich zu erhöhen, soll künftig jede Behörde mindestens ein Elektrofahrzeug einsetzen und eine Elektrotankstelle einrichten.

Als eine der ersten Regierungen Bayerns verfügt die Regierung von Unterfranken seit Ende 2016 über eine Ladestation für Elektrofahrzeuge. Die E-Tankstelle ist Teil eines bayernweiten Netzes, das bei den Behörden

der Inneren Verwaltung für die Betankung von Dienstfahrzeugen errichtet wird. Die Schnellladesäule unterstützt die drei gängigsten Ladesysteme und steht damit für die Aufladung von PKWs fast aller Fahrzeughersteller bereit. An der Schnellladesäule können drei Fahrzeuge gleichzeitig innerhalb kurzer Zeit betankt werden.

Im Januar 2017 hat die Regierung von Unterfranken das erste Dienstfahrzeug mit Verbrennungsmotor durch ein Elektrofahrzeug ersetzt. Die Fahrstrecken bei Dienstreisen innerhalb des Regierungsbezirks sind meist planbar und eignen sich damit ideal für den Einsatz eines Elektroautos. Das verbesserte Leistungsvermögen der aktuellen Fahrzeugmodelle, eine passable Batterielaufzeit und die Ladegeschwindigkeit der Akkus lassen es zu, das E-Auto nicht nur für Stadtverkehrsfahrten sondern im gesamten Regierungsbezirk einzusetzen.

Bei milden Außentemperaturen und einer ökonomischen Fahrweise reicht die Akkuleistung auch für größere Entfernungen. Um auch über den Regierungsbezirk hinaus die Vorteile der Elektromobilität nutzen zu können, wurde zwischenzeitlich ein weiterer Dienst-PKW durch einen Plug-in-Hybrid ersetzt.

Die Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die nachhaltige Mobilität ist groß. Nach rund 12.000 Kilometern ohne Motorgeräusch und ohne Emissionen ist das elektrische Fahren inzwischen Normalität geworden.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer ist hocherfreut, dass die Regierung von Unterfranken auch in diesem Bereich mit gutem Beispiel voran geht und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Petra Konrad



Offizielle Einweihung der E-Tankstelle im Januar 2017

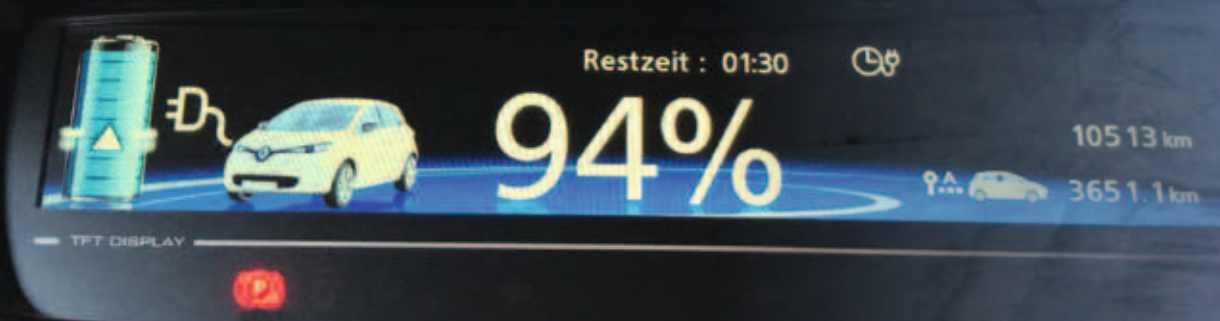


Strombetankung des ersten Dienstfahrzeugs

Kontakt

Tel.: 0931/380-1248

E-Mail: haushalt@reg-ufr.bayern.de



Flüchtlingsbetreuung und Integration

Regierung von Unterfranken nimmt weitere Außenstellen in Betrieb

Als Folge des Asylbewerberzugangs und der Übernahme bayernweiter Sonderzuständigkeiten mussten für das zusätzliche Personal im Jahr 2017 dringend weitere Räumlichkeiten gefunden werden. Neben einer verkehrsgünstigen Lage waren bürotaugliche Objekte mit Parkplatzangebot und vor allem der Möglichkeit des Anschlusses an ein schnelles Internet von entscheidender Bedeutung bei der Suche.

So galt es vor allem für unsere mittlerweile größte Außenstelle, die Zentrale Gebührenabrechnungsstelle für Asylbewerber und Aussiedler in Mellrichstadt, weitere Räume anzumieten und damit zugleich unseren Beitrag zur Behördenstruktur im ländlichen Raum zu stärken. Aufgrund des stark angestiegenen Asylbewerberzustroms im Jahr 2015 bis Anfang 2016 und der Übernahme der Abrechnungsfälle auch in den dezentralen Unterkünften der Landratsämter hat sich das Abrechnungsaufkommen in der Gebührenabrechnungsstelle deutlich erhöht. Bayernweit erlässt die Abrechnungsstelle mittlerweile bis zu rund 20.000 Bescheide pro Monat. Aus diesem Grunde wurden im Jahr 2017 der Personalbestand der Gebührenabrechnungsstelle erhöht und im Hainberg Areal in Mellrichstadt weitere Liegenschaften (das ehemalige Feldwebelwohnheim und das ehemalige Sanitätsgebäude) als zusätzlicher Standort in Betrieb genommen.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer übergab die neuen Diensträume der Zentralen Gebührenabrechnungsstelle am 11.04.2017 ihrer offiziellen Bestimmung. Dabei dankte er Landrat Thomas Habermann und dem 2. Bürgermeister Thomas Dietz für die Unterstützung des Landkreises und der Stadt Mellrichstadt bei der erfolgreich abgeschlossenen Standortsuche sowie der technischen Anbindung der neuen Außenstelle an das Behördennetz.

Nachdem zwischenzeitlich Besprechungsräume als Großraumbüros genutzt werden mussten, war auch am Hauptsitz der Regierung von Unterfranken, am Peterplatz in Würzburg, die Suche nach einer neuen Außenstelle unumgänglich. Aufgrund der angespannten Lage am Würzburger Immobilienmarkt kein leichtes Unterfangen. Nach langer Sondierung der Angebote zusammen mit der Regionalvertretung Unterfranken der Immobilien Freistaat Bayern gelang es jedoch, in der Albert-Einstein-Straße im Würzburger Stadtteil Dürrbachau geeignete Räume zu finden. Diese

wurden im September 2017 als weitere Außenstellen der Regierung in Betrieb genommen.

Am 05.09.2017 hieß es für das Sachgebiet 14 „Flüchtlingsbetreuung und Integration“ Abschied vom Peterplatz zu nehmen und die im Laufe des Urlaubsmonats August gepackten Umzugskartons in die Albert-Einstein-Straße zu schaffen. Wenige Tage später am 07.09.2017 überzeugten sich Regierungspräsident



Der neue Dienstsitz des Sachgebiets „Flüchtlingsbetreuung und Integration“ in der Würzburger Albert-Einstein-Straße wurde im September 2017 in Betrieb genommen.

Dr. Paul Beinhofer und der zuständige Bereichsleiter Manfred Wetzel vor Ort, dass die Außenstelle ordnungsgemäß hergerichtet wurde und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren neuen Büroräumen gut angekommen sind. Mit dem nun gefundenen Objekt stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern helle und funktionale Räume zur Verfügung, die netzwerkseitig auf dem neuesten Stand der Technik sind.

Wolfgang Röder

Kontakt

Tel.: 0931/380-1122

E-Mail: organisation@reg-ufr.bayern.de

Strahlende Gesichter bei der Einweihung des neuen Dienstgebäudes der Zentralen Gebührenabrechnungsstelle in Mellrichstadt: (von rechts): Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Ria Stegner (Leiterin der Gebührenabrechnungsstelle), Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld Thomas Habermann, Abteilungsdirektor Manfred Wetzel (Leiter Bereich 1 „Sicherheit, Kommunales und Soziales“), Gebäudeeigentümer Peter Mannweiler und 2. Bürgermeister der Stadt Mellrichstadt Thomas Dietz



Kinderschutz geht alle an!

20. Forum Jugendhilfe und unterfränkische Kinderschutzkonferenz

Kinderschutz geht alle an! Unter diesem Motto veranstaltete die Regierung von Unterfranken am 29.11.2017 gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie des Landratsamtes Würzburg das 20. Forum Jugendhilfe als unterfränkische Kinderschutzkonferenz in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

Neben Vertretern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe nahmen Sozialarbeiter, Lehrer, Richter, Ärzte sowie Vertreter von Verbänden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beratungsstellen aus Unterfranken teil. Die Beiträge der Fachleute verschiedener Institutionen auf Bundes-, Landes-, örtlicher und Jugendamtsebene waren Anlass zum fachlichen Austausch. Zunächst gab Prof. Dr. Dr. Reinhard Wiesner – Rechtswissenschaftler, der während seiner Amtszeit



Foto: Johanna Leiher

Begrüßung der Teilnehmer im Landratsamt Würzburg

München die Bayerische Kinderschutzambulanz in München vor. Es gibt Situationen, in denen es auch für Fachkräfte schwer festzustellen ist, ob eine Kindesmisshandlung vorliegt. In solchen Fällen können sich die Ärzte und Jugendämter an die Kinderschutzambulanz wenden (Remed Online). Hier werden sie von Experten beraten, die rechtsmedizinisch einschätzen, ob tatsächlich eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung gaben Fachkräfte der Koordinierenden Kinderschutzstelle (KoKi) des Landkreises Würzburg und des Psychotherapeutischen Beratungsdienstes Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Einblicke in den Tätigkeitsbereich der Frühen Hilfen im Kinderschutz. Mit dem Förderprogramm „KoKi – Netzwerk frühe Kindheit“ stärkt der Freistaat Bayern den Schutz von Kindern. KoKi vermittelt nicht nur Unterstützungsangebote wie Familienhebammen oder ehrenamtliche Familienpaten, sondern bietet auch niederschwellige Beratung an. Die Zusammenarbeit zwischen den Eltern und den Fachkräften der

Frühen Hilfen geschieht hier, im Gegensatz zur Zusammenarbeit mit Jugendamtsmitarbeitern, auf freiwilliger Basis. Zum Abschluss hatten alle Beteiligten im Rahmen einer moderierten Expertenrunde nochmals die Möglichkeit, Fragen zu stellen, zu diskutieren oder Anmerkungen zu geben.

Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Jeder ist aufgefordert, genau hinzuschauen und zu handeln. Dass Kinderschutz eine alles andere als einfache Sache ist, bestätigte Ministerialrätin Isabella Gold. Umso wichtiger sind eine gute Kooperation und starke Netze, damit Kinderschutz gelingen kann.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1061

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de



Foto: Johanna Leiher

Kinderrechte - Nahtstellen - Weiterbildung: Die Referentinnen und Referenten der unterfränkischen Kinderschutzkonferenz

(1985 - 2010) als zuständiger Referatsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das SGB VIII gestaltete – einen Überblick über die aktuellen rechtlichen Grundlagen im Kinderschutz. Ministerialrätin Isabella Gold vom Referat Jugendpolitik/Jugendhilfe im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration führte mit Blick auf das Bayerische Kinderschutzkonzept aus: Auch wenn der Kinderschutz in Bayern bereits gut funktioniert, sei es selbstverständliches Ziel, diesen weiter zu optimieren, indem das Bayerische Gesamtkonzept stets bedarfsgerecht weiterentwickelt werde. Des Weiteren stellte Prof. Dr. Elisabeth Mützel vom Institut für Rechtsmedizin der Ludwig-Maximilian-Universität

Beschäftigung und Ausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten

Regierung von Unterfranken initiiert Runden Tisch und weitere Abstimmungsgespräche

Eines der beherrschenden Themen in der ausländerrechtlichen Zuständigkeit der Zentralen Ausländerbehörde Unterfranken im Jahr 2017 waren die Beschäftigung und die Ausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei die sogenannte 3+2 Regelung, die im August 2016 neu in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen wurde. Danach wird einem Ausländer unter bestimmten Voraussetzungen eine Duldung für die gesamte (zumeist dreijährige) Ausbildungsdauer einer qualifizierten Berufsausbildung erteilt. Im Anschluss besteht die

einen Einblick in die Entscheidungspraxis der Zentralen Ausländerbehörde und in die Rechtslage bei der Erteilung von Beschäftigungs- und Ausbildungserlaubnissen. So erfuhren die Teilnehmer, dass für die Zentrale Ausländerbehörde insbesondere die Bleibewahrscheinlichkeit der Geflüchteten, die Klärung der Identität und die Frage der Straffälligkeit wichtige Entscheidungskriterien darstellen.

Die mit diesem Runden Tisch begonnene Zusammenarbeit wurde in der Folge fruchtbar fortgeführt. Die Mitarbeiter des Sachgebietes Ausländerrecht und der Zentralen Ausländerbehörde nahmen im Laufe des Jahres an einer Vielzahl weiterer Veranstaltungen teil, die z.B. von der IHK Aschaffenburg, der IHK Würzburg-Schweinfurt, der Handwerkskammer, der Bundesagentur für Arbeit oder auch dem Bereich Schulen der Regierung von Unterfranken organisiert wurden. Hier konnte der Informationsaustausch vertieft werden und es bestand die Möglichkeit, in „kleiner Runde“ auf die individuellen Sorgen und Nöte einzugehen und über aktuelle Entwicklungen zu informieren.

Markus Heuschmann



Beim Runden Tisch am 08.03.2017 an der Regierung von Unterfranken stand das Thema Beschäftigung und Ausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten auf dem Programm. Einen Überblick über die aktuelle Rechtslage gab der zuständige Sachgebietsleiter Markus Heuschmann.

Möglichkeit, für zwei Jahre eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, um im zuvor erlernten Beruf zu arbeiten. Insbesondere die hohe Zahl an Geflüchteten und die gesetzlichen Neuregelungen führten zu einem gestiegenen Informationsbedarf bei allen Akteuren, die an der Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt mitwirken. Um dem gerecht zu werden, fand am 08. März 2017 an der Regierung von Unterfranken ein Runder Tisch zum Thema Beschäftigung und Ausbildung von Asylbewerbern und Geduldeten statt. Auf Einladung von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofert tauschten sich über 50 Vertreter von Wirtschaftsorganisationen (z.B. IHK Aschaffenburg und IHK Würzburg-Schweinfurt, Handwerkskammer), Kirchen, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Landratsämter und der kreisfreien Städte aus. Ziel der Veranstaltung war es vor allem, zu mehr Planungs- und Rechtssicherheit beizutragen, insbesondere für Arbeitgeber und Betriebe, die bereits Asylbewerber und Geduldete beschäftigen und ausbilden oder dies künftig beabsichtigen.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofert und der Leiter des für das Ausländerrecht zuständigen Sachgebietes Markus Heuschmann vermittelten den Anwesenden



Rund 50 Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Kirchen, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Landratsämter und der kreisfreien Städte nahmen an dem Runden Tisch teil.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1510

E-Mail: sicherheitkommunalesundsoziales@reg-ufr.bayern.de

Zentrale Ausländerbehörde Unterfranken: Eine Behörde stellt sich vor

Seit nunmehr bereits zweieinhalb Jahren ist die Zentrale Ausländerbehörde Unterfranken (ZAB) als Arbeitsbereich 11.2 Teil der Regierung von Unterfranken. Während im Juli 2015 lediglich elf Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst an der damals neu geschaffenen Behörde leisteten, waren Ende 2017 bereits 70 Personen am Hauptsitz in Schweinfurt und in der Würzburger Außenstelle beschäftigt.

Als einer der mitarbeiterstärksten Arbeitsbereiche der Regierung hat die ZAB aber auch ein breite Fülle an Aufgaben zu erfüllen. Sie ist damit beauftragt, die ausländerrechtlichen Angelegenheiten von derzeit ca. 6.000 sich in Unterfranken aufhaltenden Ausländern aus verschiedensten Herkunftsländern zu bearbeiten. Während die Zuständigkeit für anerkannte Asylbewerber in aller Regel bei den örtlichen Ausländerbehörden liegt, kümmert sich die ZAB hauptsächlich um Menschen, die sich im laufenden Asylverfahren befinden oder aber über deren Asylantrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge negativ entschieden wurde.

Die anfallenden Aufgaben reichen hierbei von der Gewährung von Ausbildungs- und Beschäftigungserlaubnissen über die Erteilung und Ausfertigung von Duldungen und Aufenthaltsgestattungen bis hin zur Organisation und Förderung einer freiwilligen Rückkehr ins Heimatland. Auch die Ausweisung straffällig gewordener Ausländer sowie die Planung und Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen werden von der ZAB durchgeführt. Gleiches gilt für die Klärung von Identitäten, oft auch im Rahmen persönlicher Befragungen. Hierbei kommt es der ZAB zugute, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über umfangreiche Sprachkenntnisse verfügen und so Gespräche nicht „nur“ auf Deutsch, Englisch oder Französisch, sondern u.a. auch auf Arabisch, Russisch, Paschtunisch oder Urdu geführt werden können.

Auch mit anderen Behörden, wie z.B. dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Polizei, den sechs anderen bayerischen Zentralen Ausländerbehörden oder auch Sozial- und Jugendämtern findet darüber hinaus stets ein reger Austausch in guter Zusammenarbeit statt.

Neben der klassischen Verwaltungstätigkeit, die bei all dem auch nicht zu kurz kommt, kann ein normaler Arbeitstag bei der ZAB daher durchaus auch Tätigkeiten beinhalten, die man zunächst bei Dolmetschern, Polizisten oder Interviewern vermuten würde. An Abwechslung mangelt es jedenfalls nie. Hierfür sorgten im Jahr 2017 nicht zuletzt die ca. 15.000 großteils spontanen Vorsprachen von Personen mit einer Vielzahl verschiedener Anliegen.

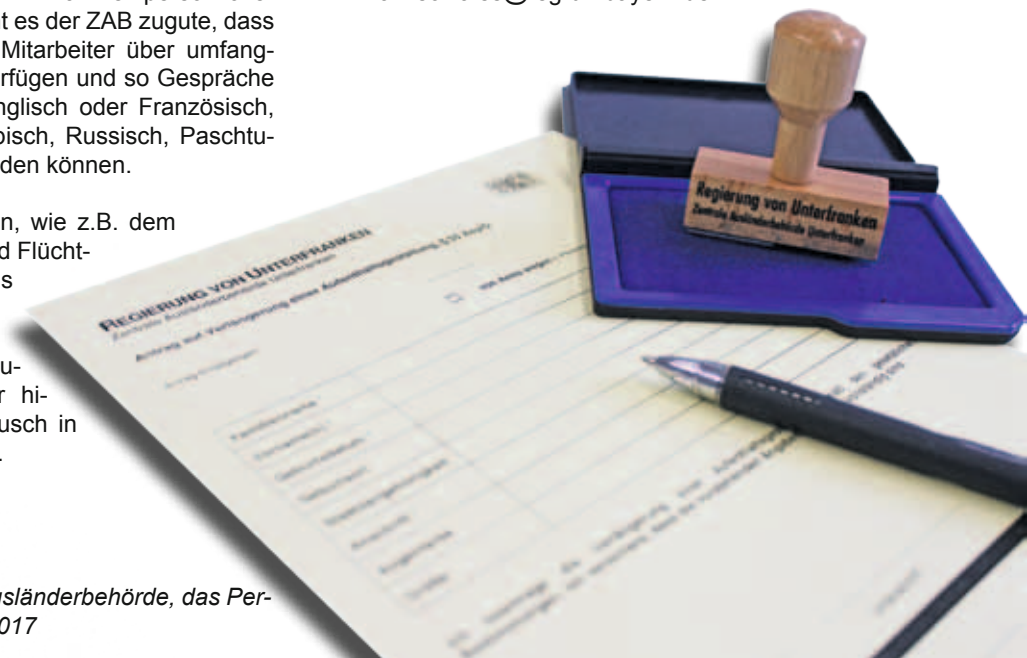
Auch im neuen Jahr hat die ZAB viele Aufgaben zu bewältigen. Das Ausländerrecht ist im fortwährenden Wandel und Gesetzesänderungen können jederzeit neue Schwerpunktsetzungen mit sich bringen. Die Zahl neu ankommender Asylbewerber hat im Vergleich zu den besonders zugangstarken Jahren 2015 oder 2016 zwar abgenommen, liegt aber nach wie vor auf einem hohen Niveau. Neben der Bewältigung der hieraus resultierenden Herausforderungen gilt es 2018 darüber hinaus in der für Behördenmaßstäbe noch jungen ZAB Vorgänge und Verfahrensweisen zu verfestigen sowie weitere Erfahrung zu sammeln, ohne hierbei die Dynamik der Anfangszeit zu verlieren.

Benjamin Kraus

Kontakt

Tel.: 09721/6536-301

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de



Im Dienste der Zentralen Ausländerbehörde, das Personal der ZAB zum 24.10.2017



Integration von Flüchtlingen

10 Jahre Unterfränkischer Integrationspreis

Am 19.10.2017 war es wieder so weit: Der Unterfränkische Integrationspreis wurde an drei herausragende Projekte aus dem Regierungsbezirk verliehen, die sich in besonderem Maße bei der Integration von Migrantinnen und Migranten verdient gemacht haben. Die nunmehr zehnte festliche Verleihung des Preises, an der zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft, Behörden, Verbänden und Kommunen teilnahmen, fand in der Alten Synagoge in Kitzingen statt. Die Ehrung der Preisträger erfolgte durch die Staatsministerin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Emilia Müller gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer.

Der Integrationspreis wurde 2017 unter dem Motto „Integration – Miteinander leben und gemeinsam gestalten“ ausgelobt. Mit 40 eingegangenen Bewerbungen wurde ein neuer Rekord seit Beginn der Auslobung vor zehn Jahren aufgestellt. Durch die Preise sollen Initiatoren und Träger von Integrationsprojekten für ihr Konzept, ihr Engagement und für die Verwirklichung des erfolgreichen Vorhabens ein besonderes Maß an Anerkennung erhalten. Gleichzeitig wird die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Integrationsarbeit unterstrichen.

Regierungspräsident Dr. Beinhofer hob in seiner Begrüßung den hohen Stellenwert der Integrationsarbeit hervor. Durch die eingereichten und erfolgreichen Integrationsprojekte werde sichtbar, wie wichtig diese Arbeit für ein gelebtes Miteinander und für die gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten ist. Dabei müssten beide Seiten gleichermaßen aufeinander zugehen und ihre gegenseitigen Vorurteile ablegen, um sich anzunähern. Auch den Initiatoren und Mitarbeitern der Projekte, die 2017 nicht als Preisträger ausgewählt wurden, dankte der Regierungspräsident für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft und bat sie, weiterhin zur guten Integrationsarbeit in Unterfranken beizutragen. Staatsministerin Emilia Müller würdigte in ihrer Rede die Arbeit der Ehrenamtlichen. Sie engagierten sich mehr, als man sich vorstellen könne. Bayern sei ein Land, in dem Integration gelinge, was auch durch die heutige Preisverleihung dokumentiert werde. Sie bedankte sich ausdrücklich bei allen, die zum Gelingen der Integration beitragen.

Der mit 2.500 € dotierte 1. Preis ging an die solidarische Musikschule des Theaters am Neunerplatz für das Projekt „Musikpädagogik und musikkulturelle Teilhabe für Menschen mit Fluchthintergrund“ (WiMu). WiMu schafft für Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit, an musikpädagogischen und musikalischen Freizeitaktivitäten teilzunehmen. Dass der angebotene



Begrüßung der Gäste durch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer

Instrumentalunterricht bereits Früchte getragen hat, stellten Projektteilnehmer während der Veranstaltung unter Beweis – sie begleiteten die Preisverleihung musikalisch.

Über den zweiten Preis und damit 1.500 € konnte sich der Zonta e.V. Aschaffenburg für das Projekt „SABA / Zonta Bildungsstipendien für Migrantinnen“ freuen. Bei dem Stipendienprogramm für Frauen zwischen 18 - 45 Jahren, in dem vor allem auch Frauen mit Kindern gefördert werden, können die Stipendiatinnen ihren Schulabschluss nachholen, um sich damit neue Arbeits- und Lebensperspektiven zu eröffnen.

Für das Projekt „Integrationsturnen“ erhielt der Helferkreis für Asylbewerber und Flüchtlinge Ebenhausen, der das Projekt in Kooperation mit dem TSV Ebenhausen, dem Kindergarten und der Grundschule Ebenhausen sowie der Mittelschule Oerlenbach realisierte, 1.000 € als Preisgeld. Kinder verschiedener Altersgruppen – mit und ohne Fluchthintergrund – nehmen hierbei alle 4 Wochen am Erlebnisturnen in einer Bewegungslandschaft aus Kletter-, Balancier- und Schaukelelementen teil.

Die gelungene Veranstaltung endete mit einem gemeinsamen Beitrag aller beteiligten Musiker.

Kontakt

Tel.: 0931/380-6018

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

Maria Hätsig-Mill



Gruppenbild mit allen Preisträgern und der am Projekt Beteiligten mit Staatsministerin Emilia Müller und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer

Katastrophenschutzübung an der DB-Schnellfahrstrecke Würzburg-Fulda

DB-Rettungszug kam im Roßberg-Tunnel zum Übungseinsatz

In der Nacht von Samstag 02. auf Sonntag 03. September 2017 führte die Regierung von Unterfranken zusammen mit der Stadt Würzburg, der Landes- und Bundespolizei, den Hilfsorganisationen, den Feuerwehren und dem Technischen Hilfswerk eine Kommunikationsübung im Bereich des Roßberg-Tunnels auf der DB-Schnellfahrstrecke Würzburg-Fulda durch.

Beteiligt an der Übung waren rund 200 Einsatzkräfte von Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Würzburg sowie einiger Freiwilliger Feuerwehren aus den Landkreisen Würzburg, Main-Spessart und Kitzingen. Von den Hilfsorganisationen nahmen Einsatzkräfte des Bayerischen Roten Kreuzes, der Johanniter Unfallhilfe und des Malteser Hilfsdienstes an der Übung teil. Eingebunden waren ferner das Technische Hilfswerk (Ortsverband Würzburg sowie die Geschäftsstelle Karlstadt), die Integrierte Leitstelle (ILS) Würzburg sowie für die Deutsche Bahn AG unter anderem der für den Einsatzfall zuständige Notfallmanager.



Einsatzleitung am nördlichen Tunnelportal, beobachtet von der Übungsleitung

Der simulierte Notruf ging kurz nach Mitternacht bei der zuständigen ILS Würzburg ein, wobei dieser durch eine Mitteilung der DB-Notfalleitstelle München bestätigt wurde. Im Anschluss erfolgte im Übungsszenario die Alarmierung der vorgeplanten Einheiten der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie des Rettungszuges Würzburg der Deutschen Bahn AG.

Ziel der Übung war es, aktualisierte und teilweise neue Einsatz- und Kommunikationsabläufe im Falle eines Unfalls und somit eines Großschadensereignisses auf der Bahnstrecke unter Einsatz des in Würzburg stationierten Rettungszuges der Deutschen Bahn AG zu beüben. Der Rettungszug der Deutschen Bahn AG kam insoweit im Roßberg-Tunnel tatsächlich zum nächtlichen Übungseinsatz. Zu diesem Zwecke wurde der Tunnel von der Deutschen Bahn AG vorübergehend außer Betrieb gesetzt. So konnten die einzelnen Wagen des Rettungszuges von den Übungsbeobachtern auch life besichtigt werden.

Im Ergebnis waren die Übungsverantwortlichen der Katastrophenschutzbehörden mit dem Übungsverlauf sehr zufrieden. Die im Rahmen der Übung gewonnenen Erkenntnisse finden jetzt Eingang in die Fortschreibung zum Katastrophen-Sonderplan der DB-Schnellfahrstrecke Würzburg-Fulda. Für diesen Sonderplan zeichnet die Regierung von Unterfranken nach Beauftragung durch das Bayerische Innenministerium bereits seit dem Jahr 1989 verantwortlich.

Volker Goppold

Lagebesprechung des Örtlichen Einsatzleiters (ÖEL) um 01:30 Uhr (Standort Feuerwehr Unterdürnbach)



Dem Übungsszenario lag eine Kollision eines ICE 3 (bestehend aus 8 Wagen inklusive Triebwagen) mit einem Schienenbagger zugrunde, der von Norden kommend durch den ICE 3 circa 600 Meter in den Tunnel geschoben wurde. Dabei soll der ICE nach der Übungsannahme teilweise aus den Gleisen gesprungen und an der Tunnelwand entlang havariert sein. Das Hauptübungsgebiet lag somit im Tunnel selbst aber auch am Portal des Roßberg-Tunnels auf der Veitshöchheimer Seite sowie im Bereich der Eisenbahnbrücke in Unterdürnbach.

Im Hinblick auf mögliche Ruhestörungen wurden die Anwohner am Südende des Tunnels vorsorglich über die nächtliche Übung informiert.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1704

E-Mail: katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de

Kommunen meistern die Energiewende – „Wege kommunalen Engagements“

Das Themenfeld „Energiewende“ hat viele Facetten. Neben der Erzeugung regenerativer Energie stellen ein sparsamer und effizienter Umgang mit Energie wesentliche Bausteine zur Einhaltung der Klimaschutzziele dar.

Um die Aktivitäten zur Umsetzung der Energiewende auf der Gemeindeebene planen, koordinieren und schließlich umsetzen zu können, stehen eine Vielzahl planerischer Instrumente zur Verfügung, die mittlerweile auch auf einem breiten Erfahrungsschatz beruhen.

Dies wurde den interessierten Bürgermeistern und Kommunalvertretern aus Unter- und Mittelfranken auf einer von den jeweiligen Bezirksregierungen und C.A.R.M.E.N. e.V. organisierten Informationsveranstaltung am 10. Oktober 2017 in der Karl-Knauf-Halle in Iphofen mit einer Mischung aus Fachvorträgen und Berichten aus der kommunalen Praxis aufgezeigt.

In seiner Begrüßungsrede ging Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer auf die herausragende Bedeutung der Kommunen für das Gelingen der Energiewende ein. „Sie stehen in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und können eine koordinierende und motivierende Rolle einnehmen“, so der Regierungspräsident.

Als Eigentümerin zahlreicher Liegenschaften und als Trägerin von Infrastruktureinrichtungen sind für jede Kommune die Energiekosten eine wesentliche Größe im Haushalt. Da Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz meist hohe Investitionen voraussetzen, ist es sinnvoll, sich einen detaillierten Überblick über die einzelnen Bestandteile des Energieverbrauchs und das jeweilige Einsparpotential zu verschaffen. Hierzu kann ein kommunales Energiemanagement, das alle Verbrauchsstellen systematisch erfasst und so die Zusammensetzung des Energieverbrauchs darstellt, eingesetzt werden. Dies sollte, nach Ansicht der Referenten, der Ausgangspunkt für alle Maßnahmen zur Einsparung von Energie sein.

Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Energiewende spielt auch der Austausch mit anderen

Kommunen, um von deren Erfahrungen zu profitieren. Einen geeigneten Rahmen hierfür stellen sogenannte Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke bereit. In einem solchen Netzwerk schließen sich interessierte Kommunen zusammen, um in einem moderierten Erfahrungsaustausch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu erarbeiten, zu analysieren und schließlich umzusetzen. Hiervon können Impulse für neue Vorhaben in den Netzwerkgemeinden ausgehen, wie die Praxisberichte zeigten.

Neben Maßnahmen zum sparsameren Umgang mit Energie spielt in den Kommunen auch weiterhin der Einsatz erneuerbarer Energieformen eine besondere Rolle für die Deckung des Energiebedarfs. Der Erfolg des gesamtgesellschaftlichen Projekts „Energiewende“ wird auch davon abhängen, ob weitere Anlagen zur Herstellung von Strom und Wärmeenergie aus erneuerbaren Energieformen errichtet und betrieben werden können.

Ausgangspunkt bilden auch hier wieder konzeptionelle Überlegungen, die in einem Kommunalen Energienutzungsplan bzw. Energie- und Klimaschutzkonzept zusammengefasst werden können. Die Erfahrungen zeigten, dass dies die Akzeptanz vor Ort stärken und so den Weg für die Umsetzung von Maßnahmen ebnen kann.

Neben den fachlichen Informationen und den Berichten aus der kommunalen Praxis blieb noch genügend Raum für einen Erfahrungsaustausch abseits der einzelnen Vorträge. Informationstische weiterer Behörden, die ihre Unterstützungsangebote zur Umsetzung der Energiewende in den Kommunen präsentierten, rundeten die Veranstaltung ab.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1281

E-Mail: energie@reg-ufr.bayern.de

An der gemeinsamen Informationsveranstaltung zeigten die Kommunalvertreter aus Unter- und Mittelfranken reges Interesse.

Dr. Olaf Münster



Foto: Katharina List, C.A.R.M.E.N. e.V.

Das ZAE Bayern als herausragender Wegbereiter und Beschleuniger der Energieforschung und des technologischen Fortschritts

Staatsempfang zum 25-jährigen Bestehen in Würzburg

Das ZAE Bayern ist ein außeruniversitäres Forschungsinstitut für angewandte Energieforschung, das vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie institutionell gefördert wird. Es bietet seinen Kunden komplette Innovationspakete im Bereich effizienter und nachhaltiger Energiesysteme an und ist mit drei Hauptstandorten in Erlangen, Garching bei München und Würzburg sowie zwei Außenstellen in Hof und Nürnberg bayernweit präsent. Bis heute hat es sich zu einem national und international anerkannten Forschungsinstitut entwickelt. Zentrale Kompetenzbereiche sind: Energieeffizienz, Energiespeicherung und erneuerbare Energien.

Im Jahr 2017 konnte das Institut sein 25-jähriges Bestehen mit einem Staatsempfang im Kaisersaal der Residenz Würzburg feiern. Bayerns Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner bestätigte, dass die exzellente anwendungsbezogene Forschung am ZAE Bayern entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung im Freistaat sich seit der Gründung in 1991 verdreifacht hat.

Das ZAE als Wegbereiter und Beschleuniger technologischer und wirtschaftlicher Veränderungen im Energiebereich wird auch künftig unterstützt, wofür der Freistaat Bayern das Zentrum jährlich mit vier Millionen Euro institutionell fördert. Bestens investiertes Geld in die Erforschung der Energie von morgen.

Das ZAE beschäftigt rund 230 Mitarbeiter an den drei Standorten Würzburg, Erlangen und Garching. Forschungsthemen sind Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energiespeicherung, wobei insbesondere auf deren Vernetzung Wert gelegt wird. Das ZAE arbeitet an der Schnittstelle zwischen Grundlagen- und

angewandter Forschung und kooperiert dabei mit zahlreichen Industriepartnern, vom bayerischen KMU bis hin zum europäischen Großkonzern.

Die letzten 25 Jahre waren von zahllosen Highlights geprägt. Eines davon war der Bau des hochinnovativen Energy Efficiency Center in Würzburg. Das vom

Foto: ZAE Bayern, Petra Hoeglmeier



Innovatives Forschungs- und Demonstrationsgebäude des ZAE am Würzburger Hubland, Südfassade

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Technologie geförderte und von zahlreichen Industriepartnern finanziell unterstützte Projekt kann durch eine Vielzahl an eingesetzten innovativen Gebäudekomponenten als internationales Leuchtturmprojekt bezeichnet werden. Eröffnet im Jahr 2013 setzt es bis heute als bundesweit einzigartiges Forschungs- und Demonstrationsgebäude Maßstäbe für zukunftsorientiertes Bauen.

Bernd Lothar

ZAE am Würzburger Hubland, süd-westliche Gesamtansicht
Foto: SSF Ingenieure

Kontakt

Tel.: 0931/380-1260

E-Mail: wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Ein Würfel für kreative Ideen

– Spatenstich zur Errichtung des Gründerlabors des Zentrums für Digitale Innovationen (ZDI) Mainfranken

Mit einem symbolischen Spatenstich eröffnete Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer zusammen mit Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake, Projektkoordinator Klaus Walther und weiteren Partnern des ZDI im Juni 2017 offiziell die Arbeiten für den sogenannten Cube - den dritten Baustein des neuen Zentrums für Digitale Innovation Mainfranken (ZDI) in Würzburgs jüngstem Stadtteil Hubland.

bietet ab Anfang 2018 in einem Teil des ehemaligen Towers der Leighton Barracks Raum für Kreativität. Die gewonnenen Ideen können dann im „Cube“, dem würfelförmigen Gründungslabor, das beispielsweise mit CNC-Fräse und 3D-Drucker ausgestattet ist, in Prototypen umgesetzt werden. Das mit Glasfassaden gestaltete Gebäude sorgt durch seine transparente Architektur für eine inspirierende Arbeitsumgebung. Nach einer Bauzeit von knapp 20 Wochen konnte am 13.11.2017 bereits das Richtfest gefeiert werden. Die

Fertigstellung ist für Frühjahr 2018 geplant. Im „Inkubator“, der voraussichtlich im 1. Quartal 2019 bezugsfähig sein wird, erfolgt dann durch Startups die Weiterentwicklung der Prototypen bis zur Marktreife und Markteinführung.

Die Regierung von Unterfranken bewilligte für dieses richtungweisende Vorhaben Fördermittel i. H. v. insgesamt 6.477.415 €. Die Mittel wurden auf der Grundlage des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Haushalts vom Bayerischen Wirtschaftsministerium bereit gestellt.

Christian Schaup

Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr



Foto: Georg Wagenbrenner

Spatenstich „Cube“

Das ZDI dient dem Lückenschluss zwischen gründungsinteressierten Studierenden und jungen Start-up-Unternehmen und unterscheidet sich damit deutlich von den bereits bestehenden Gründerzentren. Ziel ist die Anzahl und Qualität der Gründungsideen im Bereich der Digitalisierung in der Region zu steigern und die Gründungswilligkeit zu fördern. Das ZDI versteht sich hierbei als Dachstruktur, unter der bereits bestehende lokale Einrichtungen und Initiativen zusammengefasst werden und fokussiert auf die Ideengenerierung in der Vorgründungsphase. Darüber hinaus sollen die regionalen Unternehmen und die Hochschulen durch die generierten Netzwerkeffekte profitieren.

Das ZDI verteilt sich auf drei Gebäudekomplexe innerhalb eines Umkreises von 800 m: Das „Ideenlabor“

Kontakt

Tel.: 0931/380-1244

E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de



Aufsicht „Cube“

Foto: Helmuth Ziegler

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in Unterfranken

– auf dem Weg zur vollständigen Barrierefreiheit bis 2022



Die Barrierefreiheit ist wichtige Zugangsvoraussetzung für die ca. 100 Mio. Fahrgäste, die den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Jahr 2017 in Unterfranken nutzen. Die Barrierefreiheit ist seit drei Jahrzehnten fester Bestandteil der Förderung im ÖPNV.

Mit der Gesetzesnovellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01.01.2013 normierte der Gesetzgeber die vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum 01.01.2022. Auch in der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 12.11.2013 wird eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im ÖPNV bis ins Jahr 2023 gefordert.

Für den öffentlichen Personennahverkehr gewährt die Regierung von Unterfranken jährlich rund 25 Mio. € Fördermittel bzw. Ausgleichsleistungen. Hiervon entfallen rund 3 - 3,5 Mio. € auf die Fahrzeugförderung.

Durch die vorrangige Förderung von Niederflurfahrzeugen wird die gesetzliche Vorgabe der Barrierefreiheit bekräftigt. Niederflurfahrzeuge mit Kneeling-Funktion (Herablassen des Busses an

Haltestellen) und Rampe in Verbindung mit baulichen Einrichtungen an den Haltestellen, wie dem Kasseler-Hochbord, können im Idealfall von Jedermann ohne den Einsatz weiterer Hilfsmittel barrierefrei betreten bzw. befahren werden. Weitestgehend unbedeutend für den ÖPNV sind heute die ebenfalls barrierefreien Hochbodenfahrzeuge mit Hublift. Außerdem müssen geförderte Fahrzeuge geeignete optische und akustische Informationseinrichtungen zur Ankündigung der nächsten Haltestelle enthalten.

In den letzten 5 Jahren wurden in Unterfranken 223 barrierefreie Omnibusse im Rahmen der Fahrzeugförderung bezuschusst. Die Zuwendung summiert sich in diesem Zeitraum auf einen Betrag von 16,56 Mio. €. Dadurch konnten Neufahrzeuge mit einem Nettoinvestitionsvolumen in Höhe von rund 57,5 Mio. € angeschafft werden. Im Jahr 2017 wurden 57 barrierefreie Fahrzeuge gefördert.

Das Signet „Bayern barrierefrei“ wird seit dem Förderjahr 2016 nach Abstimmung mit Unternehmensvertretern und Verbänden jedem Zuwendungsbescheid beigelegt. Seit 2017 wurde das Anbringen des Signets an den geförderten Fahrzeugen mit einer Auflage im Bescheid für jeden Zuwendungsempfänger verpflichtend.

Die Fahrzeugförderung nach dem BayGVFG umfasst in Unterfranken neben Omnibussen im Personennahverkehr auch Straßenbahngelenkzüge. In Würzburg befördert die Würzburger Straßenbahn GmbH ihre Fahrgäste mit elektrifizierten Gelenktriebwagen. Der Großteil des Fahrzeugbestandes hat seine wirtschaftliche Nutzungsdauer bereits erreicht oder wird diese in Kürze erreichen. Die Regierung von Unterfranken wird voraussichtlich auch in diesem Bereich die Anschaffung neuer barrierefreier Fahrzeuge fördern. Die Würzburger Straßenbahn GmbH befördert jährlich ca. 20 Mio. Fahrgäste, von denen 10,74 % Menschen mit Schwerbehinderung sind.

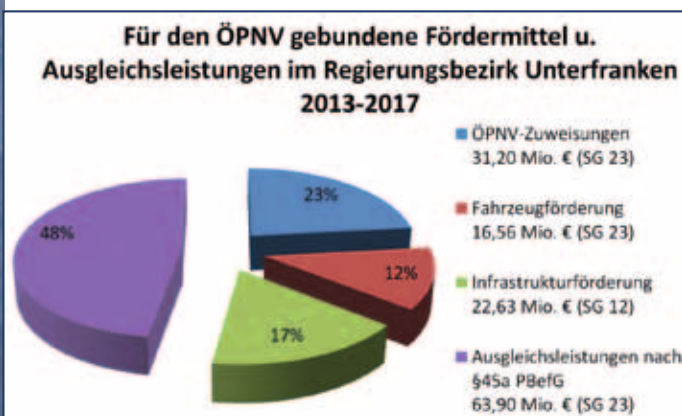
Weitere bedeutende Ausgleichs- bzw. Zuschussleistungen der Regierung von Unterfranken für den ÖPNV sind Ausgleichsleistungen für die vergünstigte Abgabe von Schülermonatskarten (Sachgebiet 23) und Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen und Baumaßnahmen (Sachgebiet 12). Zudem werden den Landkreisen und kreisfreien Städten, denen die Aufgabenträgerschaft für den allgemeinen ÖPNV obliegt, jährlich ÖPNV-Zuweisungen gewährt (Sachgebiet 23). Mit diesen staatlichen Mitteln konnten die ÖPNV-Aufgabenträger in den letzten Jahren vermehrt Taktverkehre einrichten und in Vergabeverfahren von den Verkehrsunternehmen neue barrierefreie Fahrzeuge fordern. Außerdem gewährt das Zentrum Bayern Familie und Soziales den Verkehrsunternehmen Ausgleichsleistungen für die kostenlose Beförderung von Schwerbehinderten.

Stefan Röder



Foto: Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg

Niederflurbus im Verkehrsverbund Mainfranken



Kontakt

Tel.: 0931/380-1203

E-Mail: wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Fünf Jahre Konversionsmanagement in Unterfranken

Bilanz und Perspektive eines Instruments der Landesentwicklung

Baustellen- und Innenstadtmarketing, Flächenmanagement mit Leerstandsaktivierung, Energie- und Klimaschutz, Gewerbegebietsvermarktungen, Film- und Jugendprojekte bis hin zur landkreisweiten Standortkampagne – eine Themenauswahl, die in fünf Jahren Konversionsmanagement in den Landkreisen Bad Kissingen, Kitzingen und Schweinfurt mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Aktionen gefüllt wurden.

Anlass war das durch die Bundeswehrreform 2011 ausgelöste Förderprogramm „Konversionsmanagement“ der Landesentwicklung, kurzfristig finanziert durch die im Rahmen des Nachtragshaushalts 2012 bereitgestellten Sondermittel des Freistaats Bayern. Die Förderung war auf fünf Jahre begrenzt. Unterfranken war sowohl durch die Bundeswehr-Reform u. a.



Foto: Landratsamt Bad Kissingen

Standortkampagne Landkreis Bad Kissingen – Plakatierung in der U-Bahn Odeonsplatz München

an den Standorten Volkach, Hammelburg und Wildflecken als auch durch den Abzug des US-Militärs in Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie mit den noch aus 2007 nachklingenden Wirkungen des US-Militär-Abzugs in der Stadt Kitzingen besonders betroffen. Deshalb wurden in diesem Regierungsbezirk gleich drei der insgesamt sieben bayerischen Konversionsmanagements bewilligt. Am 31.12.2017 endete das Förderprogramm. Insgesamt wurden mehr als 2,7 Mio. € in das Konversionsmanagement investiert, davon ca. 2,3 Mio. € als Förderung der Landesentwicklung. Die Förderquoten betragen zum Teil bis zu 90%.

Mit der Förderrichtlinie Landesentwicklung (FöRLa), die seit dem 01.10.2017 in Kraft ist und die Förderung von Regional- und Konversionsmanagements einschließt, ist eine Fortführung der Konversionsmanagements möglich. Ziel der Förderung ist es,



regionale sozioökonomische Auswirkungen des Konversionsprozesses auszugleichen.

Die Landkreise Bad Kissingen und Schweinfurt setzen das Konversionsmanagement mithilfe der FöRLa für weitere drei Jahre um. Sie nutzen das Programm für verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Identität (Film-, Kunst- und Kulturprojekte an den Standorten Wildflecken und Hammelburg), zur Begegnung des Klimawandels (u. a. durch Etablierung der Elektromobilität im Landkreis Bad Kissingen) oder zur Beförderung der Wettbewerbsfähigkeit (Standort- und Konversionsflächenmarketing sowie Gewerbeflächenmanagement in den Landkreisen Bad Kissingen und Schweinfurt).

Die Regierung von Unterfranken erledigt als Bewilligungsbehörde nicht „nur“ die Fördersachbearbeitung dieses Programms, sondern berät und begleitet die Regional- und Konversionsmanagements. 2007 wurde dazu in jedem Regierungsbezirk eine Funktionsstelle (sog. „Beauftragte/r für Regionalmanagement und regionale Initiativen“) eingerichtet.

Auf Landesebene steht den Managements als zusätzliche Unterstützung die Servicestelle „Bayern Regional“ des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen für Landesentwicklung und Heimat in Nürnberg zur Seite.

Marina Klein

Die Energiekarawane zog durch das Kitzinger Land mit kostenloser, individueller Energieberatung für Hausbesitzer.



Grafik: Konversionsmanagement Kitzinger Land der LAG Z.I.E.L. e.V.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1393

E-Mail: regionalmanagement@reg-ufr.bayern.de

Weitere Informationen unter:

Konversionsmanagement in Unterfranken

<http://www.regierung.unterfranken.bayern.de/aufgaben/3/6/01145/index.html>

Bauen für die Sicherheit - Einweihung der größten Polizeiinspektion Bayerns in Würzburg

Im Jahr 2017 wurden zahlreiche bauliche Maßnahmen im Bereich der Polizeidienststellen in Unterfranken durchgeführt, um den gestiegenen Anforderungen im Dienstbereich der Landespolizei gerecht zu werden. Insgesamt wurden hierzu in Unterfranken im Jahr 2017 rund 17,3 Mio. Euro baulich investiert. Ein

stadtbildprägende Erweiterung der Augustinerstrasse auszubilden. Im Zuge der Baumaßnahmen an dieser historischen Stelle und innerhalb der sogenannten „Würzburger Bischofsmütze“ waren natürlich Bodenfunde erwartet worden. So wurde die neue Gebäudekonzeption auch unter Berücksichtigung der archäologischen Befundungen eng mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt. Die Ergebnisse (frühzeitliche Siedlungsstrukturen, Augustinerkloster, Neuzeit) werden nun im historischen Garten-Pavillon der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dieses Projekt mit Gesamtkosten von 21,2 Mio. Euro bei einer Gesamtbauzeit von über vier Jahren ist eine gelungene Symbiose zwischen den sicherheitstechnischen Belangen einer bayerischen Landespolizei und einer offenen und transparenten Umsetzung an historischem und „Stadtbild“-prägenden Ort.

Für die Umsetzung der Baumaßnahme zeichnet das der Regierung nachgeordnete Staatliche Bauamt Würzburg verantwortlich.

Roman Zirngibl



Foto: Thomas Gura

Denkmalgeschütztes Haupttreppenhaus

herausragendes Zeichen dieses Investitionsaufwandes ist die sanierte und erweiterte Polizeiinspektion Würzburg-Stadt, die im Mai 2017 der Nutzung durch den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann im Beisein des Regierungspräsidenten übergeben werden konnte. Das Gebäude deckt mit dem sanierten Hauptgebäude aus dem Jahr 1958 und den neu errichteten Nebenflügeln den notwendigen Flächenbedarf der Inspektion ab, die immerhin mit 300 Mitarbeitern aktuell die größte Polizeiinspektion Bayerns darstellt. Das denkmalgeschützte Gebäude der ehemaligen Polizeidirektion wurde hierzu im Innern, unter Erhaltung der denkmalwürdigen Elemente (Fassade, Haupttreppenhaus und Dachtragwerk) weitgehend entkernt. Durch die Errichtung einer Tiefgarage und eines offenen Parkdecks im rückwärtigen Bereich gelang es einen großzügigen Vorplatz als

Kontakt

Tel.: 0931/380-1415

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Haupt- und Erweiterungsbau Perspektive Südost



Foto: Thomas Gura

Straßenbauförderung aus einer Hand

Zentralisierung in Unterfranken

In der Verwaltungsreform V 21 ist die Vorgabe enthalten, das Förderwesen Straßenbau an den Bezirksregierungen zu zentralisieren. Dadurch sollen neben Effizienzgewinnen insbesondere auch einheitliche, gebündelte Zuständigkeiten bei der Straßenbauförderung entstehen, von denen nicht zuletzt auch die Fördernehmer, unsere unterfränkischen Landkreise und Kommunen, profitieren können.

Stand in Unterfranken

Die Zentralisierung der Straßenbauförderung wurde für Unterfranken zum 01.08.2017 umgesetzt. Das bedeutet, dass die Aufgaben der drei unterfränkischen Staatlichen Bauämter Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg im Bereich der Projektförderung im Kommunalstraßenbau nun an der Regierung von Unterfranken zentral im Sachgebiet 31 (Straßenbau) bearbeitet werden. In diesem Zusammenhang werden auch die fachlichen Stellungnahmen, die Prüfung der Verwendungsnachweise und alle anderen Aufgaben bei Förderverfahren nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, dem Finanzausgleichsgesetz Art. 13f (Sonderbaulast) und Art. 13c (Härtefond) durch die Regierung von Unterfranken wahrgenommen. Das hierfür neu gegründete „Förderteam Straßenbau“ im Sachgebiet 31 besteht im Wesentlichen aus drei Fördersachbearbeitern die jeweils den Zuständigkeitsbereich eines Staatlichen Bauamtes abdecken und für die Beratung der Kommunen und die Bearbeitung der Förderverfahren vom Antrag bis zum Verwendungsnachweis, quasi aus einer Hand, zuständig sind.

Straßenbauförderung im Jahr 2017

Die Regierung von Unterfranken hat im Jahr 2017 insgesamt 75 Straßen – und Brückenbauprojekte gefördert und dafür die entsprechenden Mittel i.H. von 29,5 Mio. Euro ausgezahlt. Davon sind 37 Maßnahmen bereits länger im Förderprogramm. 38 neue Projekte wurden im letzten Jahr aufgenommen. Für 45 Bauvorhaben mit Gesamtkosten von rund 92 Mio. Euro wurden 2017 erstmalig Bewilligungsbescheide erlassen. Größte laufende Fördermaßnahmen im Jahr 2017 waren die Erneuerung der Mainbrücke Gemünden a. Main

Foto: Landkreis Main-Spessart

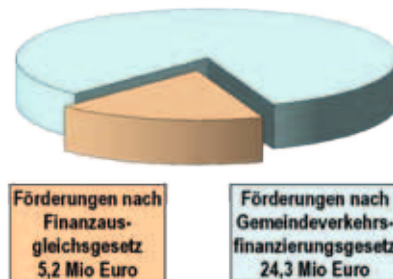


Erneuerung der Mainbrücke Gemünden a. Main

mit einem Kostenvolumen von rund 26 Mio. Euro und die Ortsumgehung von Karlstein mit Kosten von rund 20 Mio. Euro.

Christoph Eberlein

Förderungen für den kommunalen Straßen- und Brückenbau in Unterfranken im Jahr 2017



Kontakt

Tel.: 0931/380-1432

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Ortsumgehung Karlstein

Baurecht für die Ortsumgehung Wegfurt: intakte Infrastruktur wichtig für den ländlichen Raum

„Die Einwohner von Wegfurt können sich auf eine wichtige Verkehrsentslastung für ihren Ort freuen“ verkündete der Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr Gerhard Eck anlässlich der Vornahme des ersten Spatenstichs für die neue Ortsumgehung Wegfurt. „Weniger Verkehr, weniger Abgase sowie weniger Lärm und dafür ... eine deutlich höhere Verkehrssicherheit“ seien die Hauptvorteile der nunmehr genehmigten Infrastrukturmaßnahme.

Mit Erlass des Planfeststellungsbeschlusses für den Neubau der Ortsumgehung Wegfurt im Zuge der Bundesstraße B 279 Gersfeld - Bad Neustadt a.d. Saale am 31.03.2017 schuf die Regierung von Unterfranken die Voraussetzung für die zügige Umsetzung des erst im August 2016 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufgenommenen Projektes. Nunmehr kann die letzte noch verbliebene Ortsdurchfahrt der B 279 zwischen Bad Neustadt a.d.Saale und der Grenze zum Bundesland Hessen beseitigt werden.

Der Ortsteil Wegfurt der Stadt Bischofsheim a.d. Rhön wird durch das Vorhaben vom Durchgangsverkehr, der durch eine überdurchschnittliche Schwerverkehrsbelastung gekennzeichnet ist, entlastet. Die ca. 1,5 km lange Umgehung verläuft in einem Bogen in nördlicher Richtung um Wegfurt. Die Gemeinde wird durch zwei Ortsanschlüsse an Baubeginn und Bauende an die Umgehung angebunden. Der Verkehr in Richtung Sondernau und Weisbach kann zukünftig über die neu geschaffene Anbindung der NES 16 über die Ortsumgehung und damit außerhalb des Ortsbereiches geführt werden.

Den Menschen in der Region wird es durch das Vorhaben künftig erleichtert, ihrer Arbeit oder sonstigen

Geschäften außerhalb ihres Wohnortes nachzukommen. Gerade junge Familien erhalten die Möglichkeit, an ihrem Heimatort ansässig zu bleiben und die dort vorhandene Infrastruktur einschließlich des Familienanschlusses zu nutzen ohne profitable Verdienstmöglichkeiten in der Umgebung ausschlagen zu müssen. Es wird damit ein weiterer Schritt dahin getan, die Attraktivität des ländlichen Raumes zu steigern und die Lebensqualität in allen Landesteilen anzugleichen.

Mit der Baumaßnahme wurde bereits im Sommer begonnen. Im Herbst 2018 soll die neue Ortsumgehung für den Verkehr freigegeben werden. Als Baukosten werden ca. 5 Mio. € veranschlagt.

Nadine Bock



Kontakt

Tel.: 0931/380-1505

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Fotos: Staatliches Bauamt Schweinfurt



Offizieller Spatenstich mit Staatssekretär Gerhard Eck und Parlamentarischer Staatssekretärin Dorothee Bär (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur)

„Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“

Städtebauförderung zur Leerstandbeseitigung und Schaffung von Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge

Foto: Gemeinde Kürnach



Die Wohnraumversorgung und Integration von anerkannten Flüchtlingen ist für den Staat und die Kommunen eine große Herausforderung. Der Freistaat Bayern stellt hierzu, neben den Mitteln der Wohnraumförderung im Rahmen des „Wohnungspakts Bayern“, seit 2016 auch zusätzliche Mittel bei der Städtebauförderung unter dem Motto „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ zur Verfügung.

Die Intentionen und Fördervoraussetzungen für diese Initiative wurden von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr in einem Flyer zusammengefasst und an alle Kommunen in Bayern versandt. Dieser Flyer ist weiterhin auf der Homepage des Ministeriums abrufbar.



www.staedtebaufoerderung.bayern.de/foerderschwerpunkte/leerstand_nutzen

Kommunen bietet sich dabei die Chance, mit einem außerordentlich hohen Fördersatz von 90 Prozent der förderfähigen Kosten, unterstützt werden zu können. Voraussetzung ist, dass ein gemeindeeigenes, leerstehendes Gebäude nach einer wirtschaftlichen und einfachen Sanierung revitalisiert wird und dann der Wohnraum für mindestens sieben Jahre an anerkannte Flüchtlinge vermietet wird.

In den Jahren 2016 und 2017 konnten in dem Programm „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ bei der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, insgesamt zwölf Fördermaßnahmen in neun unterfränkischen Kommunen erfolgreich angemeldet werden. Hierfür wurden der Regierung von Unterfranken, Sachgebiet Städtebau, zusätzliche Städtebauförderungsmittel in Höhe von insgesamt 1,97 Mio. € zugewiesen, wodurch

die Sanierung und Revitalisierung von insgesamt 28 Wohneinheiten mit einem erhöhten Fördersatz unterstützt werden konnte.

Zwischenzeitlich wurden bereits die Sanierungen der Gebäude in Kürnach, Iphofen-Hellmitzheim und Schweinfurt-Oberndorf erfolgreich abgeschlossen. Die Wohnungen sind bereits von anerkannten Flüchtlingsfamilien bezogen. Als besonders gelungenes Beispiel ist das Projekt „Brückenstraße 14“ der Gemeinde Kürnach zu nennen. Hier konnte mit der Sanierung ein seit Jahren leerstehendes, ortstypisches kleines Arbeiterhaus, von denen es im Dorf nur noch fünf gibt, vor dem Abriss gerettet und „neues Leben in alten Gemäuern“ ermöglicht werden. Bei den Entkernungsarbeiten, die über die Initiative „Kürnach baut ein Haus“ von ehrenamtlichen Helfern in Eigenleistung ausgeführt wurden, halfen im „Kürnacher Bauteam“ neben Bürgern samt Bürgermeister auch Asylbewerber mit, die zu der damaligen Zeit in der Turnhalle von Kürnach untergebracht waren. Im Juni 2017 zog in das kleine Haus eine junge Familie aus Afghanistan ein. Für den sozialen Zusammenhalt, die neue Nachbarschaft und die Integration im Ort bietet dieses Projekt hervorragende Voraussetzungen.

Für zusätzliche Fördermaßnahmen fanden bzw. finden auch weiterhin Gespräche mit interessierten Kommunen statt. Ziel ist es, die Voraussetzungen für weitere Bedarfsanmeldungen und Mitteleinplanungen für das Jahr 2018 zu generieren, um die „win-win-Situation“ der Leerstands-beseitigung in Ortskernen und die Schaffung dringend benötigten Wohnraums für anerkannte Flüchtlinge in Unterfranken weiter zu nutzen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1440

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Manfred Grüner

Arbeitseinsatz bei „Kürnach baut ein Haus“. Neben Kürnachern legten auch Flüchtlinge mit Hand an.



Foto: Demel

IQ - Innerstädtische Wohnquartiere - „Liebig-Höfe“ in Aschaffenburg

Die Oberste Baubehörde führt seit annähernd 30 Jahren im Rahmen des Experimentellen Wohnungsbaus Modellvorhaben mit unterschiedlichen Themenstellungen durch. Um eine Alternative zum suburbanen Eigenheim für Familien und Paare mit Kinderwunsch anzubieten, sollen mit dem Modellvorhaben „IQ - Innerstädtische Wohnquartiere“ zeitgemäße und bezahlbare Wohnungen für Familien entstehen. Hierbei werden insbesondere einkommensschwächere Haushalte in den Fokus genommen, welche den hochpreisigen Wohnraum in der Stadt nicht bezahlen können. Damit soll der Verschiebung der Altersstruktur in den Städten aufgrund der demographischen Entwicklung

Quartiere. Die Wohnungen und Freiräume sollen auf unterschiedliche Lebensentwürfe und sich ändernde Familienphasen reagieren können.

An diesem Modellvorhaben nimmt die Stadtbau Aschaffenburg GmbH mit dem Projekt „Liebig-Höfe“ im Hefner-Alteneck-Quartier in Aschaffenburg teil. Das Quartier ist zudem im Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Einen vorgeschalteten Wettbewerb, den das Büro „Bruno Fioretti Marquez Architekten“ aus Berlin als Erstplatzierter für sich entscheiden konnte, hat die Regierung von Unterfranken mit 67.000 € bezuschusst. In zwei Bauabschnitten werden insgesamt 148 Mietwohnungen errichtet und gefördert. Die 90 barrierefreien Wohneinheiten (davon zwei rollstuhlgerechte Wohnungen) des 1. Bauabschnitts mit einer Gesamtwohnfläche von 6.700 m², welche ab 2015 errichtet wurden, sind seit 2017 bezugsfertig. Ebenso wurde die Außenanlage, welche mit Mitteln aus der Städtebauförderung realisiert wurde, fertiggestellt. Die zwei spangenartigen Baukörper bilden einen Innenhof mit Mietergärten und Gemeinschaftsfläche aus. In diesem Block sind auch der Gemeinschaftsraum sowie der Concierge verortet.

Die Fördersumme des 1. Bauabschnitts beträgt insgesamt ca. 12,4 Millionen €. Der 2. Bauabschnitt mit 58 Mietwohnungen und einer Gesamtfördersumme von ca. 9,8 Millionen € wurde 2017 von der Regierung von Unterfranken bereits anfinanziert. Die Stadtbau Aschaffenburg GmbH (ein kommunales Wohnungsunternehmen der Stadt Aschaffenburg) ist ein wichtiger und verlässlicher Partner bei der Umsetzung des Bayerischen Wohnraumförderprogramms. Die Regierung von Unterfranken (Sachgebiet Wohnungswesen) hat die geplanten Neubaumaßnahmen förder- und fachtechnisch begleitend beraten. Mit dem 1. Bauabschnitt hat die Stadtbau Aschaffenburg GmbH den Grundstein für ein qualitativ hochwertiges Modellvorhaben und den zukünftigen Wohnungsbau gelegt.

Matthias Noll



Foto: Stadtbau Aschaffenburg GmbH

Innenhof mit Gemeinschaftsfläche

entgegen gewirkt werden. Hierfür sind barrierefreie und energieeffiziente Wohnquartiere zu schaffen, die dem Anspruch des Familienlebens sowie dem generationenübergreifendem Wohnen in der Stadt gerecht werden: ein lebendiges Wohn- und Quartiersumfeld mit Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder. Es sollen keine isolierten Cluster im Stadtgefüge entstehen, sondern gemischte, bereichernde und vernetzte

Äußere Erschließung und Höhenabwicklung

Kontakt

Tel.: 0931/380-1436

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Innenhof mit Mietergärten



Foto: Stadtbau Aschaffenburg GmbH



Foto: Stadtbau Aschaffenburg GmbH

Faszination Mathematik – Knobeln und rechnen fürs Leben

10 Jahre unterfränkische Mathematikmeisterschaft



Auch nach 10 Jahren ist die Begeisterung der Kinder am Rechnen und Knobeln ungebrochen und so fand im Jahr 2017 bereits die zehnte Unterfränkische Mathematikmeisterschaft in Folge statt. Ein Anlass, um auf die Entstehung der Mathematikmeisterschaft in Unterfranken zurückzublicken:

Das Jahr 2008 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit der Initiative „Wissenschaft im Dialog“ zum Jahr der Mathematik ausgerufen. In zahlreichen Veranstaltungen sollte der Öffentlichkeit die Faszination der Mathematik nähergebracht werden, um vor allem Kinder und Jugendliche für diese so wichtige Wissenschaft zu begeistern.

Die Regierung von Unterfranken nahm den Auftrag ernst und trug mit der damaligen Auftaktveranstaltung der Unterfränkischen Mathematikmeisterschaft zum Jahr der Mathematik bei. Zugleich nahm sie die Chance wahr, etwas Nachhaltiges über das Jahr der Mathematik hinaus zu schaffen.

7571 Schülerinnen und Schüler der 4. Jahrgangsstufe haben im Jahr 2017 an der ersten Runde der Mathematikmeisterschaft teilgenommen. Eine beachtliche Teilnehmerzahl, wenn man bedenkt, dass die Teilnahme freiwillig ist und sich kein Kind an der Mathematikmeisterschaft beteiligen muss. 462 Schulsieger – so viele wie noch nie bei einer Meisterschaft – haben sich für die 2. Runde auf Schulumtsebene qualifiziert.



Auch am Knobeltisch wurden knifflige Aufgaben gelöst.



Gratulation den Bezirkssiegerinnen und Bezirkssiegern der unterfränkischen Mathematikmeisterschaft 2017

Zum Finale am 12. Dezember 2017 an der Regierung von Unterfranken traten die 24 besten Schülerinnen und Schüler gegeneinander an. In getrennter Wertung nach Mädchen und Jungen wurden die Siegerinnen und Sieger des Finales ermittelt.

Es ist ein Merkmal der Unterfränkischen Mathematikmeisterschaft, dass alle zum Knobeln eingeladen sind und so durften die Eltern im Großen Saal ebenso fleißig interessante Aufgaben lösen wie ihre Kinder, die nebenan die Aufgaben der 3. Runde rechneten.

Auch im nächsten Jahr wird der Wettbewerb auf bewährte Weise fortgesetzt werden. Wieder mit der großzügigen Unterstützung der Volks- und Raiffeisenbanken, wieder mit kniffligen Aufgaben, die nicht nur für Kinder eine Herausforderung darstellen.

Stephanie Jägerhuber
Bertram Odj

Schulen

Kontakt

Tel.: 0931/380-1355

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Die Mittelschule Gochsheim ist eine „starke Schule“ – Platz 1 in Bayern

Allen jungen Menschen überall in Bayern einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen, ist oberstes Ziel der bayerischen Bildungspolitik. Dafür werden Schulen gebraucht, die innovative Wege gehen, um die Talente der jungen Menschen zu fördern und sie engagiert ins Berufsleben zu führen.



Foto: Dominik Buschardt

Schülerinnen und Schüler der Mittelschule Gochsheim mit ihrem Schulleiter Detlev Haas bei der Preisverleihung als 1. Landessieger im Wettbewerb „Starke Schule“ 2017 in München

Genau das ist auch die Idee des größten deutschen Schulwettbewerbs „Starke Schule. Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen“, den die gemeinnützige Hertie-Stiftung seit bereits 18 Jahren gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Bank-Stiftung veranstaltet. Alle zwei Jahre prämiiert eine Jury mit Experten aus Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft die stärksten berufsvorbereitenden Schulen.

Die Mittelschule Gochsheim aus dem Landkreis Schweinfurt lebt diese Berufsorientierung in besonderem Maße und gewann im Schuljahr 2016/17 den ersten Platz des Wettbewerbs. Damit steht erstmals eine unterfränkische Schule als Landessieger ganz oben auf dem Siegtreppchen.

Die Ganztagschule überzeugte mit ihrem nachhaltigen und gemeinsam von allen Beteiligten entwickelten Schulkonzept. Neben der Talentförderung in vielen Einzel- und Mannschaftssportarten integriert die Sport-Mittelschule Bewegung gezielt in den Schulalltag - ganz im Sinne ihres Schulmottos „Mittelschule Gochsheim beWEGt“. Ein „bewegtes“ Schulleben heißt in Gochsheim auch eine Schülermitverantwortung, die Schule in allen Bereichen aktiv mitgestaltet. Der Weg in das Arbeitsleben wird durch eine intensive Berufsorientierung begleitet. Im Rahmen dieses „MS GO!“ genannten Konzepts von Klasse 7 bis 10 setzt man auf Kooperation und arbeitet eng mit Unternehmen vor Ort zusammen.

Für ihr innovatives Schulkonzept wurde die Mittelschule Gochsheim am 08. Februar 2017 im Senatssaal des Bayerischen Landtags von Landtagsvizepräsidentin Inge Aures und Bildungsstaatssekretär Georg Eisenreich ausgezeichnet. Neben einem Preisgeld von 5000 Euro erhielt die Mittelschule die Aufnahme in das Netzwerk „Starke Schule“, in dem Schulen und Lehrkräfte auch nach dem Wettbewerb von- und miteinander lernen.

Als Bayern-Sieger reisten Schulleiter Detlev Haas, fünf Lehrkräfte und 12 Schülerinnen und Schüler stellvertretend für ihre Mittelschule am 18. Mai 2017 nach Berlin und wurden dort von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als eine der zehn „Starken Schulen“ Deutschlands geehrt.

Am Ende des Schuljahres besuchte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer die prämierte Einrichtung und ließ sich auf einem Rundgang durch das Schulgelände ausgewählte Arbeitsbereiche vorstellen. So konnte sich die Mittelschule Gochsheim noch einmal eindrucksvoll als „starke Schule“ präsentieren.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1357

E-Mail: schulen@reg-uf.r.bayern.de

Christina Lorenz

Foto: Ruth Volz



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und der Bereichsleiter für Schulen an der Regierung von Unterfranken, Abteilungsdirektor Gustav Eirich, werden von Schülerinnen und Schülern der Mittelschule Gochsheim musikalisch empfangen.

Gemeinsam auf dem Weg in Beschäftigung und Arbeit

– Inklusive berufliche Bildung am Beispiel der Kooperation der Adolph-Kolping-Förderberufsschule Schweinfurt mit der Heinrich-Thein-Berufsschule Haßfurt und dem BBZ Münnerstadt

Bereits seit 9 Jahren besteht in enger Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken eine fruchtbare Kooperation zwischen dem Berufsbildungszentrum Münnerstadt (BBZ) und der Adolph-Kolping-Förderberufsschule in Schweinfurt: Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf werden in sogenannten Kooperationsklassen in Münnerstadt gemeinsam unterrichtet. Vor 6 Jahren wurde ein vergleichbares Modellprojekt mit der Heinrich-Thein-Schule in Haßfurt gestartet.

Schulleitungen und Lehrkräfte der beiden Berufsfachschulen sowie der Mobile sonderpädagogische Dienst der Förderberufsschule waren in der Entwicklungsphase des Projektes auf der Suche nach pädagogisch sinnvollen und in der Praxis regelbaren Modellen eingebunden. Die Modelle sollten jungen Menschen mit Förderbedarf helfen, einen Schulabschluss und den Zugang zu Beschäftigung und Arbeit zu erhalten.

Gerade der Fachkräftemangel im ländlichen Raum motivierte zu einer breit angelegten Unterstützungs-offensive mit Blick auf Kernkompetenzen, die in einer gemeinsamen Unterrichtung von Berufsschülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf zum Ziel eines erfolgreichen Abschlusses führen sollten. Differenzierte und individuell passgenaue Förderung und Unterrichtung verhelfen in der Praxis inzwischen zu einem Rückgang bzw. dem Ausbleiben von Ausbildungsabbrüchen und insgesamt verbesserten Abschlussresultaten.



Foto: Ulrike Albrecht

Konzept der Kooperationsklassen

Mit zunehmender Erfahrung und im kontinuierlichen Dialog zwischen den eingebundenen Beruflichen Schulen und der Förderberufsschule entstand eine tragfähige Konzeption für den Unterricht in Kooperationsklassen an beruflichen Schulen, die aus den zuständigen Sachgebieten der Regierung maßgeblich unterstützt wird.

In den Prüfungsfächern steht ein Studienrat im Förderschuldienst dem Berufsschullehrer zur Seite.



Foto: Jason McKinney (Trainer)

Gemeinsam im Paddelboot

Zu Beginn des ersten Ausbildungsjahres wird für jeden Schüler eine differenzierte Lernstandanalyse angesetzt, aus der sich individuelle Förderpläne ableiten.

Lehrkräfte aus beiden Schularten organisieren Team-teaching und bedarfsorientierte Gruppenarbeiten, insbesondere in den Prüfungsfächern. In regelmäßigen Förderplangesprächen findet eine Unterstützung im Sinne eines persönlichen Coachings statt.

Gemeinsame außerunterrichtliche Erlebnisse Klassenfahrten und Team-Events sowie der Einsatz von Tutorensystemen fördern einen wertschätzenden Umgang sowie die Gemeinschaftsorientierung einer Schülerschaft mit ganz unterschiedlichen individuellen Ausgangslagen.

Angelika Baum

Schulen

Kontakt

Tel.: 0931/380-1011

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Heinrich-Thein-Schule

„Zweitqualifizierung für Lehrkräfte“ – Sondermaßnahmen in der Lehrerbildung

Als ausgesprochen günstig erweisen sich derzeit die Anstellungschancen für Lehrkräfte an Grund-, Mittel- und Förderschulen sowie an beruflichen Schulen. Der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule, der Weg zur inklusiven Schule wie auch die Beschulung von Flüchtlingskindern – dies alles verlangt in diesen Schularten nach einer weit höheren Anzahl an Lehrerstunden als vor Jahren vorhersehbar war.

Demgegenüber steht jedoch derzeit eine deutlich eingeschränkte Anstellungsperspektive für Lehrkräfte, die die Ausbildung für das Lehramt an Realschulen oder Gymnasien durchlaufen haben.



Vertreter des Bildungsministeriums, der Schulabteilung und der MB-Dienststelle informieren junge Gymnasiallehrer über die Möglichkeit, eine Zweitqualifizierung für den Unterricht an Grund- und Mittelschulen zu absolvieren.

Zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in allen Schularten bietet das Bayerische Ministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst daher seit dem Schuljahr 2015/2016 nach Art. 22 Abs. 2 Bayerisches Lehrerbildungsgesetz für Lehrkräfte an Realschulen bzw. Gymnasien, die bereits die Zweite Staatsprüfung für ihr ursprünglich gewähltes Lehramt mit Erfolg durchlaufen haben, Maßnahmen zum Erwerb einer zweiten Lehramtsbefähigung an.



Bereichsleiter Gustav Eirich (2. v. r.) mit teilnehmenden Lehrkräften für eine Zweitqualifizierung für das Lehramt an Grundschulen

Lehrkräfte, die das Angebot zur Zweitqualifizierung annehmen, arbeiten zunächst als Angestellte, unterrichten je nach Modell mit vollem oder geringfügig reduziertem Stundenauftrag und qualifizieren sich am Ende der Maßnahme über eine Bewährungsfeststellung. Unterstützung für die Arbeit an der neuen Schulart erhalten die Lehrkräfte von erfahrenen Betreuungslernern bzw. -lehrerinnen oder über zusätzlich begleitende Seminarveranstaltungen am Nachmittag.

Bei erfolgreichem Abschluss erwartet diese Kolleginnen und Kollegen die Übernahme ins Beamtenverhältnis.

Die Schulabteilung der Regierung von Unterfranken organisiert und konkretisiert diese je nach Lehramt etwas variierenden Sondermaßnahmen. Die zuständigen Sachgebiete ordnen die jungen Lehrkräfte den verschiedenen Schulen nach Bedarf zu, koordinieren die Fortbildungsbausteine, beraten und führen die abschließende Beurteilung durch.

Im Sommer 2017 konnten so insgesamt 11 Realschul- bzw. Gymnasiallehrkräfte die Zweitqualifikation Sonderpädagogik erfolgreich abschließen und wurden zum laufenden Schuljahr als Probezeitbeamte vorwiegend in Sonderpädagogischen Förderzentren, Förderzentren Lernen bzw. emotionale und soziale Entwicklung eingestellt.

Für das Lehramt an Mittelschulen qualifizierten sich bislang insgesamt 19 Lehrkräfte.

Aktuell befinden sich weitere 109 junge Lehrerinnen und Lehrer in Zweitqualifizierungsmaßnahmen für die Lehrämter Grund- bzw. Mittelschule und Sonderpädagogik.

Um den Lehrkräftebedarf für die Flüchtlingsbeschulung zu decken, wurde in Unterfranken Gymnasiallehrkräften die Möglichkeit gegeben, sich ebenfalls über eine Sondermaßnahme für den Einsatz an einer Berufsschule zu qualifizieren. Von Februar 2016 bis Juli 2017 nahmen an dieser Sondermaßnahme insgesamt 18 Lehrkräfte in drei Durchgängen teil.

Mittels einer begleitenden Betreuung und der Unterstützung vor Ort konnten sich die jungen Lehrkräfte an den gewählten neuen Schularten schnell und gut integrieren. Alle Nachqualifikationen wurden erfolgreich abgeschlossen. Schulleitungen und Lehrerkollegien nehmen die neuen Kolleginnen und Kollegen als engagierte Lehrkräfte wahr und berichten durchwegs sehr wertschätzend über deren Einsatz in den jeweiligen Schulen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1359

E-Mail: schulen@reg-uf.r.bayern.de

Schulentwickler lassen sich schulen

Erstmals regionale Ausbildung von Schulentwicklungsmoderatorinnen und -moderatoren aller Schularten in Unterfranken

Die Schule muss den verändernden Bildungsanforderungen gerecht werden und auf die vielfältigen gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren. Sie muss sich kontinuierlich dem Puls der pädagogischen Zeit anpassen. Schulentwicklung spielt hier eine entscheidende Rolle. Sie ist ein systematischer, auf klare Ziele hin ausgerichteter Prozess, der zu einer qualitativen Verbesserung der Arbeit an der Schule beitragen soll und sich vor allem daran messen lassen muss, was bei den Schülerinnen und Schülern im Unterricht ankommt. Daher misst



Vorstellung der Arbeitsergebnisse

Veranstaltungen und transferieren langfristig ihre Kompetenz auf die Schulentwicklungsteams an der jeweiligen Schule.

Erstmals werden nun seit dem Jahr 2017 durch die Regierung von Unterfranken in einem regionalen Ausbildungskurs im Haus Sankt Michael in Bad Königshofen in sechs halbwöchigen Modulen neue Schulentwicklungsmoderatorinnen und -moderatoren aller Schularten ausgebildet und abschließend zertifiziert. Ziel der Ausbildung ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Lehrgangs zu befähigen, als Schulentwicklungsmoderatorin/-moderator Schulen auf ihrem Weg der Schulentwicklung zu begleiten und zu unterstützen. Die schulartübergreifende Ausbildung ist dabei ein großer Gewinn und ermöglicht auch den „Blick über den Tellerrand“ sowie durch den intensiven Austausch eine Erweiterung der Kenntnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über andere Schularten.

Schulentwicklung kann in Bayern inzwischen auf viele Jahre Erfahrung zurückblicken. In allen Regierungsbezirken existiert ein Unterstützungssystem, das den Schulen bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben zur Seite steht. Mit der Ausbildung neuer Schulentwicklungsmoderatorinnen und -moderatoren möchte Unterfranken dieses Unterstützungssystem weiter ausbauen und stärken.

Annette Brühl

Kontakt

Tel.: 0931/380-1361

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de



Austausch im Partnergespräch

Bayern ihr im Rahmen der Qualitätssicherung eine zentrale Bedeutung bei. Viele Schulen nutzen die Möglichkeit, sich bei diesen Prozessen zur Qualitätssicherung und -steigerung durch externe Fachkräfte, den Schulentwicklungsmoderatorinnen/-moderatoren begleiten zu lassen. Diese unterstützen Schulen vom Beginn eines Prozesses an über längere Zeiträume oder werden bei Bedarf auch nur an bestimmten Stellen des Prozesses (z. B. an Pädagogischen Tagen) hinzugezogen. Sie unterstützen durch ihre Fachkompetenz Schulleitungen, Schulentwicklungsteams und ganze Kollegien bei der Erarbeitung eines Leitbildes, des Schulentwicklungsprogrammes, bei der Findung spezifischer Entwicklungsziele und deren Formulierung nach interner und externer Evaluation, bei der Unterrichtsentwicklung, der Entwicklung schulspezifischer Konzepte und der Profilbildung der Schulen (Inklusive Schule, Schule ohne Rassismus usw.). Bei Bedarf übernehmen sie auch die Moderation größerer

Ausgezeichnet! Wasserschutzbrot der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ unter den Top 3 des Deutschen Nachhaltigkeitspreises



Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2018

Top 3 Forschung
Ein Preis des BMFSFJ

Vor 1.200 geladenen Gästen wurden am 8. Dezember 2017 in Düsseldorf Deutschlands Vorbilder der Nachhaltigkeit ausgezeichnet. In fünf Wettbewerben wurden beispielhafte Nachhaltigkeitsleistungen in Wirtschaft, Kommunen und Forschung prämiert. Bereits zum zehnten Mal vergab die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen die Auszeichnung für Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit. Das von der Regierung von Unterfranken initiierte und vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) umgesetzte Projekt „Wasserschutzbrot“ der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ ist dabei unter den Top 3 in der Kategorie Forschung gelandet.

Die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Ressourcenerzöpfung, zunehmende Armut und Kriege - auch um Wasser - werden immer bedeutender. Regionale Initiativen können dabei oftmals zu nachhaltigen Lösungen beitragen. Wichtige Voraussetzung für Nachhaltigkeit ist, dass der Ansatz auch „hält“, dass er nicht nur auf kurzfristigen Erfolg, sondern auf Langlebigkeit und Stabilität ausgelegt ist. Unter dem Motto „Vom Grundwasserschutz zur nachhaltigen Regionalentwicklung“ setzt das Projekt „Wasserschutzbrot“ genau dort an. Es wird sukzessive auf dem Markt etabliert, von Projektpartnern wie Landwirten, Mühlen und Bäckereien mit Leben erfüllt und dem Kunden eine Möglichkeit gegeben, für den Wasserschutz in seiner Heimatregion einen Beitrag zu leisten.

Die zunehmende Belastung des Grundwassers mit gesundheitsschädlichem Nitrat zählt zu einem der drängenden Probleme in unserer Gesellschaft. Ursache dafür ist unter anderem in der Landwirtschaft eingesetzter Stickstoffdünger. Er wird im Boden zu Nitrat umgewandelt und kann über das Grundwasser auch in die Trinkwasserbrunnen gelangen. Unterfranken ist aufgrund seiner sensiblen Wassersituation und den geringen Niederschlägen besonders gefährdet.

Im Projekt „Wasserschutzbrot“ verzichten Landwirte auf die letzte Stickstoffdüngung ihres Weizens vor der Ernte. Somit verringert sich das Risiko der Nitrat-Auswaschung in das Grundwasser. Der geerntete Weizen und das daraus gewonnene Mehl hat dadurch einen geringeren Eiweißgehalt. Die Landwirte erhalten dennoch einen fairen Preis von der Mühle und einen freiwilligen Ausgleich von ihrem örtlichen Wasserversorger, weil die Ernteerträge geringer sind. Das grundwasserschonend angebaute Getreide wird in Mühlen getrennt vermahlen und auch separat

gelagert. Anschließend gelangt dieses Mehl ausschließlich zu den an diesem Projekt beteiligten Bäckern. Diese gleichen mit handwerklichem Geschick die etwas veränderten Backeigenschaften aus und stellen hochwertige Wasserschutz-Backwaren her. Der Erfolg zahlt sich aus: Im vierten Jahr des Projekts bauen mittlerweile elf Landwirte knapp 1.000 Tonnen Wasserschutz-Weizen an, drei Mühlen verarbeiten die Ware



In derzeit über 50 Verkaufsstellen werden Wasserschutz-Backwaren angeboten.



Grafik: Adam Zolnierrek

und 13 Bäckereien mit über 50 Verkaufsstellen bieten Wasserschutzbrot an oder haben sogar ihr gesamtes Sortiment auf Wasserschutz-Weizen umgestellt. Bodenproben bestätigen die Wirkung des Vorhabens: Der herbstliche Nitratgehalt im Boden konnte im Vergleich zu „normal“ gedüngten Weizenflächen im Mittel halbiert werden.

Der Nachhaltigkeitspreis zeichnet Vorbilder und Vordenker aus. Mit Ehrenpreisen würdigte die Stiftung unter anderem Ihre Majestät Beatrix, die Königin

Foto: Nadine Beuerlein

Bäckermeister Klaus Kohler aus Volkach: „Ich bin gerne Wasserschutz-Bäcker, weil ich unser Grundwasser vor zu starken Nitratbelastungen bewahren will und mir Nachhaltigkeit im Allgemeinen sehr wichtig ist.“



Foto: Jochen Rolfes



Mit Stolz präsentieren Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Nicole Nefzger (FIBL) und Christian Guschker die Auszeichnung „Top 3 des Deutschen Nachhaltigkeitspreises Forschung“ für das Projekt „Wasserschutzbrot“ (v.l.n.r.).



der Belgier für ihr außergewöhnliches soziales und gesellschaftspolitisches Engagement sowie ihren Einsatz als Botschafterin der UN Sustainable Development Goals. Die schottische Sängerin und Menschenrechtsaktivistin Annie Lennox sowie die britische Verhaltensforscherin Jane Goodall waren ebenso unter den Preisträgern wie der als „Herr der Lüfte“ bekannt gewordene Dr. Bertrand Piccard, der die Erde in einem ausschließlich mit Sonnenenergie betriebenen Flugzeug umrundete.

Die Auszeichnung des Wasserschutzbrot-Projektes ist sowohl Anerkennung für einen neuen, erfolgreich beschrittenen Weg beim Grundwasserschutz, als auch motivierender Ansporn, weiterhin innovative Ansätze zu entwickeln und bisweilen verkrustete Strukturen aufzubrechen. Dabei gilt: nur im vertrauensvollen Zusammenspiel vieler Akteure lässt sich etwas bewegen. Hier sind es die Landwirte, Müller und Bäcker, die für Neues aufgeschlossen sind und sich engagieren. Der Erfolg hängt aber auch von uns allen ab, denn wir alle sind Konsumenten und können unser Einkaufsverhalten nachhaltig ändern und einen Beitrag für sauberes Wasser leisten.



Mit dem Kauf von „Wasserschutz-Backwaren“ können Verbraucher direkt dazu beitragen, die Nitratbelastung des Grundwassers in Unterfranken zu reduzieren. Das Projekt steht für nachhaltigen Ressourcenschutz, die Wiederbelebung regionaler Wertschöpfungskreisläufe, eine bewusste Verhaltensänderung zum nachhaltigen Konsum und die Vorbildfunktion des heimischen Handwerks. Weitere Informationen und alle Verkaufsstellen finden Sie im Internet unter www.wasserschutzbrot.de.



Foto: Nicole Nefzger



Das Wasserschutzbrot schmeckt und schon das Grundwasser.

Weitere Informationen über die Aktivitäten der Regierung von Unterfranken im Rahmen ihrer „AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken“ können im Internet unter www.aktiongrundwasserschutz.de abgerufen werden.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1365
E-Mail: wasser@reg-ufr.bayern.de

Christian Guschker

Umwelt, Gesundheit
und Verbraucher-
schutz



LIFE+Naturprojekt MainMuschelkalk

- erfolgreicher Projektabschluss zum Jubiläum 25 Jahre Natura 2000

25 Jahre Natura 2000 sind eine lange Zeit. 25 Jahre, in denen vieles erreicht wurde: 1992 wurde die Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie von der EU verabschiedet und das Netzwerk Natura 2000 ins Leben gerufen. Die Richtlinie wurde ins nationale Recht umgesetzt, FFH-Gebiete für Arten und Lebensräume von gemeinschaftlicher Bedeutung wurden festgelegt und unter Schutz gestellt, Managementpläne aufgestellt, Runde Tische mit Behörden, Verbänden und Nutzern durchgeführt und eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt. Natura 2000 bietet unglaublich viele Chancen. Die Chance, ein Stück Heimat mitzugestalten und zu bewahren, die Chance, die Natur vor der eigenen Haustür mit anderen Augen zu sehen, die Chance, eine Region für Einheimische und Besucher erlebbar zu machen, um nur einige zu nennen.

Diese Chancen wahrzunehmen, ist eine Zielsetzung von LIFE-Projekten. Von Seiten der EU wurde vor 25 Jahren das Förderprogramm „LIFE“ eingeführt, das einzige EU-Förderprogramm, das ausschließlich Umweltschutzbelange unterstützt. Der Förderbereich „LIFE Natur und Biodiversität“ dient der Umsetzung von Natura 2000. Deshalb hat die Regierung von Unterfranken als höhere Naturschutzbehörde ihre Chance wahrgenommen, um mit diesem Förderinstrument umfangreiche und neuartige Naturschutz- und Öffentlichkeitsmaßnahmen mit Vorbildcharakter durchzuführen. Mit insgesamt sechs abgeschlossenen LIFE-Projekten ist Unterfranken Spitzenreiter in Bayern.

großen Projektgebiet in den Landkreisen Bad Kissingen, Main-Spessart, Würzburg und in der Stadt Würzburg verschiedene, teils sehr umfangreiche



Besichtigung des LIFE-Muster-Weinbergs am Hammelberg, Bad Kissingen

Naturschutzmaßnahmen durchgeführt, die von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet wurden. Die genannten Landkreise und die Stadt Würzburg waren die Träger des zu 50 % von der EU geförderten Projekts. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und der Bayerische Naturschutzfonds waren ebenfalls an der Finanzierung beteiligt.

Zur Feier des erfolgreichen Projektabschlusses und des 25jährigen Natura 2000-Jubiläums fand am 13. und 14. Oktober in den Räumlichkeiten der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) eine Abschlussveranstaltung unter dem Motto „Alles – außer – gewöhnlich!“ statt, an der auch der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Ministerialdirektor Dr. Christian Barth, teilnahm.

Das Fazit nach fünf Jahren LIFE-Naturprojekt „Main-Muschelkalk“ war positiv und die Beteiligten starten motiviert in die sich nun anschließende After-LIFE-Phase, in der die Umsetzung der gesteckten Ziele weitergeführt werden soll. Das 25jährige Jubiläum bot in Unterfranken also einerseits einen Anlass zum Feiern, andererseits aber auch zum Nachdenken. Denn vielen Bürgerinnen und Bürgern ist Natura 2000 selbst nach 25 Jahren noch kein Begriff. Deshalb wurde nun auf bayerischer Landesebene das LIFE-Kommunikationsprojekt „Natura 2000 – das europäische Netzwerk der Natur – sehen – verstehen – erleben – mitgestalten“ ins Werk gesetzt. Unterfranken wird hierbei seine Erfahrungen aus den bisher erfolgreich durchgeführten LIFE-Naturprojekten gerne einbringen.

Karin Günter



Dr. Christian Barth (Amtschef des Bayerischen Umweltministeriums) hielt die Festrede bei der LIFE-Abschlussveranstaltung.

Bei seinem Grußwort zur LIFE-Abschlussveranstaltung erklärte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhof, dass er eine „positivere Konnotation des Begriffs Natura 2000“ für nötig hält und er bei einer Reise in Österreich gesehen hat, dass dort die FFH- und Vogelschutzgebiete mit der Beschriftung „Natura 2000 -Gebiet“ groß beschildert waren.

Ende Oktober dieses Jahres konnte das LIFE-Naturprojekt „Weinberge und Streuobst auf Muschelkalk“, besser bekannt unter der griffigen Kurzbezeichnung „MainMuschelkalk“, abgeschlossen werden. Während der fünfjährigen Projektlaufzeit wurden im 4.640 ha

Kontakt

Tel.: 0931/380-1166

E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

Digitalisierung der Weinbergssrolle

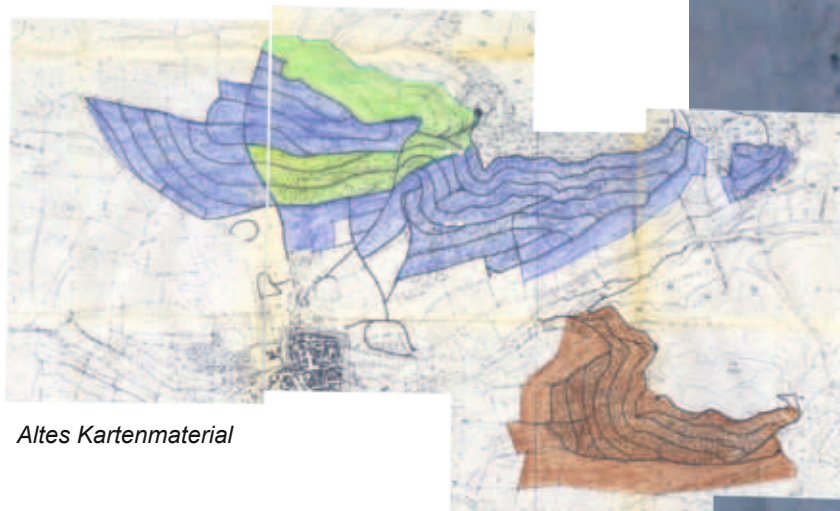
- alle bayerischen Weinbergslagen und -bereiche elektronisch erfasst

Dem aus der Kanzleisprache stammenden Begriff der „Rolle“, der für die einschlägigen Register z.B. im Gewerbe- und Handwerks-, aber auch im Weinrecht eingeführt ist, haftet allenthalben etwas Antiquiertes an. Unwillkürlich hat man eine gerollte – und leicht angestaubte – Urkunde vor dem geistigen Auge. Doch der Schein trügt: Mit der nun digitalisierten Weinbergssrolle ist der Freistaat Bayern im Vollzug des Weinrechts gut für die Zukunft aufgestellt.

Die Weinbergssrolle enthält das öffentliche Register, in dem die Lagen und Bereiche, sowie deren Namen, Größen und Abgrenzungen mit Wirkung für und gegen jedermann verzeichnet sind. Die Einrichtung und die Bedingungen für die Führung von Weinbergssrollen wurden 1969 in das deutsche Weinrecht aufgenommen. In Bayern wurde die Regierung von Unterfranken als zuständige Behörde bestimmt und zu Beginn der 1970er Jahre die hoheitlich geführte Weinbergssrolle eingerichtet. Gegenwärtig sind 240 Einzellagen und 22 Großlagen sowie 13 Bereiche darin verzeichnet.

Über die Jahre traten in vielen Fällen Veränderungen durch Flurbereinigung oder Hinzufügung bzw. Herausnahme von Grundstücken ein. Auch wurden vereinzelt Lagen gänzlich gestrichen, andere kamen neu hinzu. Diese Veränderungen konnten häufig aus praktischen Gründen in den vorhandenen, alten Karten nicht oder nur ungenau nachgetragen werden. Die Suche nach einzelnen Flurnummern in den Unterlagen erwies sich deshalb in weiten Teilen als nahezu unmöglich, mindestens als extrem zeitaufwändig. Die herkömmliche, „analoge“ Weinbergssrolle entsprach zunehmend nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Verwaltung.

Aus diesem Grund wurde von der Weinprüfstelle nach Möglichkeiten gesucht, die Weinbergssrolle in eine digitale Form zu überführen. Unterstützung fand sie bei der Bayer. Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG), die die Datenerfassung mit den Unterlagen der dort geführten Weinbaudatei beförderte. Hausintern gelang die Umsetzung der Pläne insbesondere durch die tatkräftige kartographische und EDV-technische Unterstützung des Sachgebietes Raumordnung, Landes- und Regionalplanung. Im September 2014 wurde das Werk „Digitalisierung der Weinbergssrolle“ in Angriff genommen. In einer Vielzahl von Arbeitsstunden wurden die vorhandenen kartographischen und textlichen Daten gesichtet, mit den Daten der Weinbaudatei verglichen, fachlich und rechtlich bewertet und schließlich in die neue digitale Datenbank Weinbergssrolle überführt. Dazu wurden die Flächen und die mit ihnen verknüpften Informationen in einer geographischen Datenbank erfasst und gesichert. Seit Juni



Altes Kartenmaterial



Neue digitalisierte Karte

2017 können nun Neuaufnahmen, Feststellungen der Lagenzugehörigkeit, Überschneidungen mit anderen Interessensgebieten, Auswertungen und Berechnungen mit Hilfe moderner EDV-Technik schnell und grundstücksgenau erfolgen. Von der zeitgemäßen Technik profitiert letztlich nicht nur die Verwaltung, sondern auch jeder einzelne Winzer und Weinbergbesitzer.

Roland Lein

Kontakt

Tel.: 0931/380-1611

E-Mail: weinpruefstelle@reg-ufr.bayern.de

Umwelt, Gesundheit
und Verbraucher-
schutz

Iphofen - Blick auf den Schwanberg,
Julius-Echter-Berg und Kronsberg
Foto: DLKM Kreativagentur

Interaktive Wanderausstellung „Landwirtschaft und Naturschutz in Mainfranken“

Menschen haben die Landschaft, in der sie leben, über Jahrtausende verändert und geformt – von einer Naturlandschaft zur Kulturlandschaft. Die heutige Kulturlandschaft Mainfrankens ist ein Paradebeispiel dafür, wie menschliches Wirken vielfältige Lebensmöglichkeiten für Tier- und Pflanzenarten geschaffen und die Entwicklung biologischer Vielfalt gefördert hat – aber auch für die ebenfalls menschengemachten Risiken, die diese Vielfalt heute bedrohen. Der Erhalt der biologischen Vielfalt („Biodiversität“) unserer Heimat ist von elementarer Bedeutung für uns alle und für nachfolgende Generationen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Landwirtschaft, da der Ackerbau flächenmäßig dominiert. Naturschutz und Landwirtschaft verbindet daher eine gemeinsame Verantwortung: Die Naturschutzleistungen der Landwirte erhalten die biologische Vielfalt der mainfränkischen Ackerbaugebiete. Viele Schutzstrategien für bedrohte Arten und Lebensräume würden ohne Eingliederung in die landwirtschaftlichen Betriebsabläufe ins Leere laufen. Welchen Herausforderungen Landwirtschaft und



Eröffneten gemeinsam die Ausstellung Landwirtschaft und Naturschutz: Staatsminister Helmut Brunner (Mitte), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (2. v. l.), Ministerialrat Georg Schlapp (Bayerischer Naturschutzfonds, links) und der 1. Vorsitzende des LBV Bayern Dr. Norbert Schäffer (2. v. rechts). Unter den Gästen der Bundestagsabgeordnete Paul Lehrieder (3. v. rechts) und der Leiter des AELF Würzburg, Andreas Maier

Landwirtschaftsminister auch persönlich angereist. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer konnte bei der Eröffnung nicht nur den Minister, sondern auch zahlreiche Abgeordnete, Behördenvertreter und über 50 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister willkommen heißen. Er betonte den engen Kontakt, den die Regierung sowohl mit der Landwirtschaftsverwaltung als auch mit den Verbänden pflegt. Die Ausstellung sei ein Ausdruck dieser gelungenen Kooperation.

In diesem Sinne äußerte sich auch Landwirtschaftsminister Brunner: Die Wanderausstellung zeige beeindruckend am Lebensraum Agrarlandschaft Mainfranken, wie moderne Landwirtschaft und Naturschutz konstruktiv für den Artenschutz zusammenarbeiten können. Als Schirmherr der Ausstellung lud er deshalb herzlich ein, Landwirtschaft und Naturschutz hautnah zu begreifen, zu fühlen und zu erleben.

Nach Grußworten von Ministerialrat Georg Schlapp (Bayerischer Naturschutzfonds) und BBV-Bezirkspräsident Bernhard Weiler führten der LBV-Vorsitzende Dr. Norbert Schäffer und der Leiter der unterfränkischen Bezirksgeschäftsstelle des LBV, Marc Sitkewitz, gemeinsam durch die Ausstellung. Die rund 120 Teilnehmer an der Eröffnung konnten viele Informationen über Feldhamster, Wiesenweihe, Ortolan bis zu Bienen und Zwergmäusen mitnehmen und daneben auch die Gelegenheit für fachliche Gespräche nutzen.

Aufgrund vieler interaktiver Elemente ist die Ausstellung insbesondere für Schulklassen gut geeignet. Nach dem Start in Würzburg ist die Ausstellung inzwischen in Unterfranken auf Wanderschaft gegangen. Koordiniert werden die Termine der Wanderausstellung von der LBV-Bezirksgeschäftsstelle in Veitshöchheim.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1379

E-Mail: umwelt@reg-ufv.bayern.de



Die „Entwurfsgestalter“ der Ausstellung: Marc Sitkewitz (Landesbund für Vogelschutz, Bezirksgeschäftsstelle Veitshöchheim, links) und Heiko Lukas vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Würzburg

Naturschutz gegenüberstehen und wie sie diesen gemeinsam gerecht werden können, zeigt eine neu konzipierte interaktive Wanderausstellung an Beispielen aus Mainfranken auf. Diese Wanderausstellung wurde vom Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) in enger Abstimmung mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Würzburg sowie dem Bayerischen Bauernverband (BBV) Unterfranken entworfen. Finanziell unterstützt wird die Ausstellung vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) sowie vom Bayerischen Naturschutzfonds. Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat persönlich die Schirmherrschaft übernommen.

Zur Eröffnung der interaktiven Wanderausstellung „Landwirtschaft und Naturschutz in Mainfranken“ am 10. Februar 2017 war daher der

Wo gehobelt wird, da fallen Späne...

Das Gewerbeaufsichtsamt präsentiert sich auf der Mainfrankenmesse 2017 mit dem Thema „Sicherheit privater Baustellen und sicheres Arbeiten zu Hause“



Auf der Mainfrankenmesse 2017 vom 30. September bis 8. Oktober sorgten rund 650 Aussteller für ein vielfältiges Angebotsspektrum. Mit einer Mischung aus aktuellen Angeboten, innovativen Produkten und beliebten Klassikern bot sie den mehr als 103.000 Besuchern alles für Haus und Garten, die eigenen vier Wände, das tägliche Leben und zeigte die schönsten Seiten unserer fränkischen Region.

Eine der Kehrseiten sollte der Messeauftritt des Gewerbeaufsichtsamtes in den Fokus rücken: Etwa alle zehn Sekunden ereignet sich in Deutschland ein Haushaltsunfall mit teilweise schwerwiegenden Folgen. So wurden im Jahr 2015 über 3 Millionen Unfälle im Haushalt gezählt, von denen 10.000 tödlich endeten. Weitere fast 4 Millionen Verletzte und noch einmal 10.000 Tote bei Freizeitaktivitäten ergänzen diese traurige Bilanz.

Im Hausbereich traf es vor allem Heimwerker, private Renovierer und Häuslebauer mit „Muskelhypotheke“ und deren Helfer. Aber auch die „klassische Hausfrau“, die eben schnell die Vorhänge aufhängen will und dabei vom Stuhl fällt, ist Teil dieser Statistik. Hauptmotive für do it yourself sind die Möglichkeit, Geld zu sparen, aber auch die Freude an handwerklichen Arbeiten und der Stolz auf die eigene Leistung.

Doch wie bringt man einen Messebesucher dazu, sich bei der nächsten anstehenden Arbeit zu Hause Gedanken zur eigenen Sicherheit zu machen – und diese dann auch umzusetzen?

Während die Kinder mit dem Kranspiel beschäftigt waren, baten die Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht die Wartenden doch einmal die Unfallzahlen zu schätzen. Die historisch niedrige Zahl der Verkehrstoten war etlichen Besuchern geläufig, aber die erschreckend



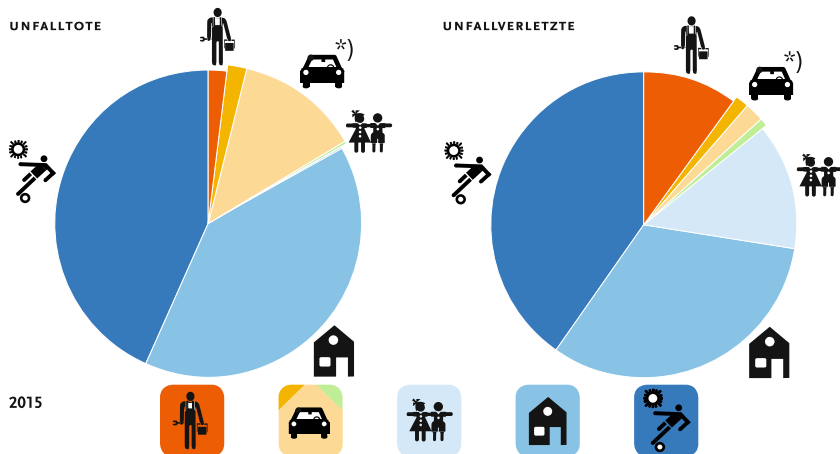
Technischer Amtmann Helmut Reisbeck informiert über den Messestand der Gewerbeaufsicht. Von l.n.r.: Regierungsvizepräsident Jochen Lange, leitender Gewerbedirektor Dr. Günther Gaag, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, TA Helmut Reisbeck

hohe Zahl der Toten und Verletzten im Heimbereich wurde zumeist viel zu niedrig eingeschätzt. Viele Besucher realisierten stirnrunzelnd, dass sie selbst oder Angehörige nicht ganz unwahrscheinlich Opfer eines häuslichen Unfalls werden könnten, denn statistisch trifft es jährlich jeden 25. Bürger.

Mit auf den Weg gegeben wurden daher einige Ratschläge und Informationsbroschüren, wie z. B. Arbeiten zu planen und sich vor Beginn der Arbeit geeignete und sichere Arbeitsmittel (z. B. eine Leiter oder ein kleines mobiles Gerüst bei Arbeiten in der Höhe) zu leihen oder zu kaufen oder entsprechende Schutzausrüstungen (z. B. Schutzbrille, Atemschutzmaske oder Sicherheitsschuhe) zu tragen.

Es bleibt also zu hoffen, dass diese Ratschläge über den Messebesuch hinaus im Gedächtnis bleiben und bei der nächsten anstehenden Arbeit beherzigt werden damit der unterfränkische Beitrag zur Unfallstatistik möglichst gering ausfällt.

Michael Wolf



2015

Unfallkategorie	Arbeit	Verkehr ^{*)}	Schule	Hausbereich	Freizeit	Gesamt
Tödliche Unfälle	480	3.633	21	9.816	10.628	24.578
Unfallverletzte	0,99 Mio.	0,39 Mio.	1,30 Mio.	3,15 Mio.	3,89 Mio.	9,73 Mio.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1873

E-Mail: gaa@reg-ufr.bayern.de

Unfallstatistik 2015; Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)

125-jähriges Jubiläum der unterfränkischen Gewerbeaufsicht



Bayerische

Gewerbeaufsicht

Wie so oft bei solchen Jubiläen blickt man gern zurück und lässt Revue passieren, schwelgt in Erinnerungen oder staunt über den Wandel. Die unterfränkische Gewerbeaufsicht hat dafür eine gute Vorlage, seit Beamten-Generationen wird hier eine Chronik geführt, Bilder und Dokumente werden aufbewahrt, die den Werdegang dieser Behörde aufzeichnen. Begleiten Sie die Autoren auf dieser imaginären Zeitreise.

Als Prinzregent Luitpold am 31. März 1892 seine Unterschrift unter die „Königlich Allerhöchste Verordnung, die Fabriken und Gewerbeinspektoren betreffend“[sic] im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 14 für das Königreich Bayern setzt und mit dieser das Amt für genau einen Fabriken- und Gewerbeinspektor für jeden Regierungsbezirk schafft, beginnt die Geschichte der Gewerbeaufsicht in Unterfranken. Auf denselben Tag datiert ist auch die Ernennungsurkunde, die den „Reallehrer an der mechanisch-technischen Abtheilung der Kreis-Realschule in Würzburg Georg Höfer vom 1. April d.Js zum Fabriken- und Gewerbeinspektor bei Unserer Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg“[sic] bestimmt. Sein Büro befand sich im ehemaligen Benediktiner-Kloster St. Stephan am Peterplatz in Würzburg.

Bereits im Jahr 1892 bemängelt der Fabriken- und Gewerbeinspektor Höfer die 10-stündige Arbeitszeit von Kindern, auch die Arbeitszeit der Erwachsenen von 11-14 Stunden in Brauereien oder überhaupt keine begrenzte Arbeitszeit in kleinen Mühlen findet bei ihm keine Zustimmung. Die häufigsten technischen Mängel führt Inspektor Höfer in seinen Aufzeichnungen bei Kranen, Fahrstühlen, Hebezeug, Leitern und Gräben an.

Weibliche Beschäftigte wurden bereits in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts eingestellt, nachdem die damals bestehenden Frauenvereine in einer Petition an den Reichstag und die Landtage es forderten. Auch Arbeitgeberverbände erkannten den Bedarf für ein besseres Vertrauensverhältnis zu ihren Arbeiterinnen. Die erste Mitarbeiterin in Würzburg war die in Würzburg geborene, katholische, ledige Frau Luise Hartmann. Im Jahr 1939 waren von den fünf Aufsichtsbeamten zwei weiblich - eine Frauenquote, die bis heute in einer technisch orientierten Behörde mangels ausreichender Zahl an Bewerberinnen schwer zu erreichen ist.

Was als ein Büro im ehemaligen Benediktiner-Kloster St. Stephan am Peterplatz begann, wandelte sich im Lauf der Zeit in eine eigenständige an die Regierung angegliederte Dienststelle im Haugering 2 (bis 1938), um dann 1939 in das Gewerbeaufsichtsamt umbenannt zu werden. Der zweite Weltkrieg vernichtete fast alle Akten und Arbeitsunterlagen, was den Dienstbetrieb besonders erschwerte.

Ab Oktober 1945 nutzte das Amt vier Büros der Landesversicherungsanstalt Unterfranken in der Wörthstraße. Im Jahr 1946 bekam das Gewerbeaufsichtsamt den ersten Dienstwagen: ein gebrauchter, leider nicht fahrbereiter „Adler Triumph Junior“, dem zwei Reifen fehlten. Im Jahr 1948 musste das Gewerbeaufsichtsamt in eine Baracke in der Schießhausstraße umziehen, da die Landesversicherungsanstalt die Büroräume kündigte. Zwei Jahre später wurde die Baracke in die Wörthstraße verlegt, der Teil der Straße wurde 1965 in Georg-Eydel-Straße umbenannt. Im

Die Beschäftigten der Gewerbeaufsicht vor der Baracke, die in den Jahren 1948-1951 als Dienstgebäude genutzt wurde

Fabrikeninspektor Ried aus Landshut



Jahr 1950 kam dann der erste fahrbereite Dienstwagen – ein neuer Volkswagen ins Amt.

Im selben Jahr wurde auch die Post unmittelbar an die Amtsadresse zugestellt und nicht mehr über die Regierung von Unterfranken. Die nächsten Jahrzehnte waren durch Umzüge in die Karmelitenstraße und später Ludwigstraße und Wachstum gekennzeichnet: mehr Dienstfahrzeuge, neue Kollegen, Spezialisierung im Revisionsdienst (erste Ansätze für die Fachdezernate), eigener Geschäftsverteilungsplan und in den 70ern zusätzliche Büros in der Innenstadt. In den frühen 90ern wechselte der Gewerbeärztlicher Dienst vom aufgelösten Landesinstitut für Arbeitsmedizin zu Gewerbeaufsicht. Im Jahr 2000 fand der Umzug aller Würzburger Dienststellen in das neue, eigene Amtsgebäude in der Georg-Eydel-Straße 13 statt. 2005 wurde die Gewerbeaufsicht an die Regierung von Unterfranken angegliedert. Die Fachaufsicht haben zwei Staatsministerien: StMAS über den sozialen und technischen Arbeitsschutz, StMUV über den technischen und stofflichen Verbraucher- und Gefahrenschutz.

125 Jahre später sind es einige „Inspektoren“ mehr, aber viele andere Dinge blieben unverändert: die notwendige technische und berufliche Vorqualifikation der Gewerbeaufsichtsbeamten oder unsere Zugehörigkeit zur Bezirksregierung. Auch heute berät die Gewerbeaufsicht die unterfränkischen Betriebe und kontrolliert die Einhaltung von Vorschriften zum Arbeitsschutz. Wir schützen die Bürger vor Gefährdungen durch technische Anlagen wie Aufzüge, Druckbehälter oder Dampfkessel. Auch Tankstellen benötigen eine Erlaubnis des Gewerbeaufsichtsamtes. Weitere umfangreiche Themengebiete sind über die Jahre



Amtsgebäude seit 2000

hinzugekommen: So stellen seit 2001 die technische und stoffliche Marktüberwachung, sowie Aspekte des medizinischen Arbeits- und Verbraucherschutzes z. B. bei Röntgenanlagen wichtige Aufgabenfelder in der bayerischen Gewerbeaufsicht dar.

Der Wandel von Technik und Gesellschaft brachte der Gewerbeaufsicht abwechslungsreiche und anspruchsvolle Aufgaben, deren Bedeutung auch in einer sich wandelnden Arbeitswelt 4.0 auch in Zukunft nicht nachlassen wird. Getreu unserem Motto: „Mit Sicherheit für Bayern“

Christina Schmiedel

Kontakt

Tel.: 0931/380-1821

E-Mail: dezernat1b@reg-ufr.bayern.de

... mit Dreispitz und Degen

Kollege Reidenbach und der neue fahrbereite Dienstwagen im Jahr 1950



Qualität hat Vorrang



Erfolgreiche Einführung eines Qualitätsmanagementsystems im Bereich der Marktüberwachung

Im Jahresblick 2013 wurde darüber berichtet, dass die Bayerische Gewerbeaufsicht im Bereich der Marktüberwachung die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (QM-Systems) in Angriff genommen hat. Zentrales Ziel dieses Vorhabens war es, die vielschichtigen Erwartungen und Anforderungen an eine moderne und zeitgemäße Marktüberwachung zu erfüllen. Dazu gehören nicht nur gesetzmäßiges Handeln und die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, sondern insbesondere Effektivität, effizienter Einsatz von Ressourcen und die schnelle Reaktion auf neue Entwicklungen.

Nach rund eineinhalbjähriger Vorbereitung durch einen Kreis von Mitarbeitern aus dem bayerischen Umweltministerium und den sieben bayerischen Gewerbeaufsichtsämtern wurde das QM-System im Februar 2015 in Betrieb genommen. Ein wesentliches Resultat dieser umfangreichen Arbeit sind die dabei erstellten Prozessbeschreibungen. Diese legen die Abläufe bei der Durchführung der behördlichen Marktüberwachung fest und stellen fortan für alle Mitarbeiter eine verbindliche Vorgabe dar. Ergänzt werden diese „Kernprozesse“ durch weitere Prozesse, die für das Funktionieren des Managementsystems in seiner Gesamtheit erforderlich sind. Dabei handelt es sich um die sogenannten Führungs- und Unterstützungsprozesse, wozu beispielsweise auch der für ein Managementsystem unverzichtbare „kontinuierliche Verbesserungsprozess“ und das Dokumentationswesen zählen. Ein dazugehöriges Qualitätsmanagementhandbuch trifft grundlegende Aussagen zum QM-System und bildet die inhaltliche Klammer für die Prozessbeschreibungen. Eine Übersicht aller Prozesse zeigt die Abbildung.

Das QM-System ist nun seit fast drei Jahren fester Bestandteil der täglichen Abläufe in der Marktüberwachungstätigkeit der Bayerischen Gewerbeaufsicht. Es hat sich gezeigt, dass die Prozesse den erwarteten Nutzen aufweisen und dass das gesamte System zuverlässig funktioniert. Obligatorisch ist einmal im Jahr auch die Durchführung eines internen Audits. Diese Audits haben sich als besonderes Instrument zum Aufdecken von Verbesserungsmöglichkeiten erwiesen und wurden in diesem Jahr bereits zum dritten Mal in den beteiligten Organisationseinheiten durchgeführt. Die neu gewonnenen Erkenntnisse wurden – ganz im Sinne des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses – zum Anlass genommen, einige Prozesse inhaltlich anzupassen oder sogar völlig neu zu konzipieren. Anfänglich vorhandene Schwachstellen wurden so mittlerweile zum großen Teil behoben.

Abschließend kann eindeutig gesagt werden, dass sich der Aufwand gelohnt hat. Die Einführung des Systems hat dazu beigetragen, dem eingangs genannten Ziel einen entscheidenden Schritt näher zu kommen. Es ist jedoch eine ständige Aufgabe, das hohe Niveau in der Marktüberwachung in Bayern bei steigenden Anforderungen zu erhalten und weiter zu verbessern. Mit dem QM-System hat sich die Bayerische Gewerbeaufsicht ein Werkzeug zugelegt, das sie bei der Bewältigung dieser Aufgabe nachhaltig unterstützt.

Jörg Werner

Kontakt

Tel.: 0931/380-1870

E-Mail: marktueberwachung@reg-ufr.bayern.de

Grafik: StMUV

Prozesslandkarte



Stand: 10.08.2017



Bessere Regelung zur Wochenruhezeit für Kraftfahrer



Bayerische
Gewerbeaufsicht

Der stetig wachsende Güterverkehr auf der Straße, die regelmäßigen Berichte über schwere Unfälle mit LKW-Beteiligung und volle Rastanlagen an Wochenenden sind für viele Autofahrer ein Anlass zur Sorge und Unmut. Ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer aber auch zum Schutz der Gesundheit der Fahrer sind die Europäischen Vorschriften zu Lenk- und Ruhezeiten.

werden muss. Oft stehen keine Toiletten und Waschmöglichkeiten zur Verfügung, von Möglichkeiten für eine sinnvolle Freizeitgestaltung ganz zu schweigen. Insgesamt eine Situation, die mit den Ansprüchen der Zivilgesellschaft kaum vereinbar ist, ganz abgesehen von der nicht ausreichenden Erholung der Kapitäne der Landstraße.

Mit einer Änderung des Fahrpersonalgesetzes im Mai 2017 wurde die Rechtslage nun präzisiert. Es kann nun sowohl gegen Fahrer als auch gegen Unternehmer ein Bußgeld verhängt werden, wenn die Wochenruhezeit „im Fahrzeug oder einem Ort ohne geeignete Schlafmöglichkeit“ verbracht wird.

Die durchgängige Umsetzung der Regelung stellt eine Herausforderung für alle Beteiligten dar. Eine Spedition im Aufsichtsbezirk ist beispielsweise dabei, an ihrem Standort Unterkünfte für Kraftfahrer zu bauen. Für die Kontrollbehörden stellt sich die Frage nach Vorgehensweisen für eine effiziente und angemessene Kontrolle. Denn schließlich sieht man der Fahrerkabine mit zugezogenen Vorhängen von außen nicht an, ob gerade die tägliche

oder die wöchentliche Ruhezeit abgeleistet wird. Neben der Schaffung weiterer LKW-Parkplätze an den Fernstraßen dürften weitere Infrastrukturmaßnahmen nötig sein.



Vorhänge zugezogen – Zeit zum Schlafen für den LKW-Fahrer

Für die Überwachung der vor Ort ansässigen Transportunternehmen sind in Bayern die Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen zuständig. Eine dieser Ruhezeitregelungen besagt, dass innerhalb einer Woche ein zusammenhängender Zeitraum von 45 Stunden arbeitsfrei gehalten werden muss. Hierfür bietet sich das Wochenende an, es können jedoch auch andere Tage verwendet werden.

Während nun für die täglichen Ruhezeiten die in den schweren Fernverkehrs-LKWs vorhandenen Schlafkabinen verwendet werden dürfen, verhält es sich für die erwähnte Wochenruhezeit anders. Dass diese im Regelfall nicht in der Kabine des Lasters verbracht werden sollte, konnte man bereits aus der zugrundeliegenden Europäischen Rechtsverordnung herauslesen. Um diese Forderung durchsetzen zu können, fehlte es jedoch in Deutschland wie auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten an konkreten rechtlichen Möglichkeiten.

Für viele Fernfahrer bedeutet dies in der vom harten, internationalen Wettbewerb geprägten Branche, dass Heimfahrten oder Hotelübernachtungen nicht vom Budget gedeckt sind und das gesamte Wochenende auf dem Parkplatz bzw. in der Kabine verbracht



Hinweisschild auf LKW-Parkplatz am Autohof

Alles in allem wichtige Schritte in die richtige Richtung, sowohl für die Verkehrssicherheit, als auch für die Arbeitsbedingungen der Kraftfahrer.

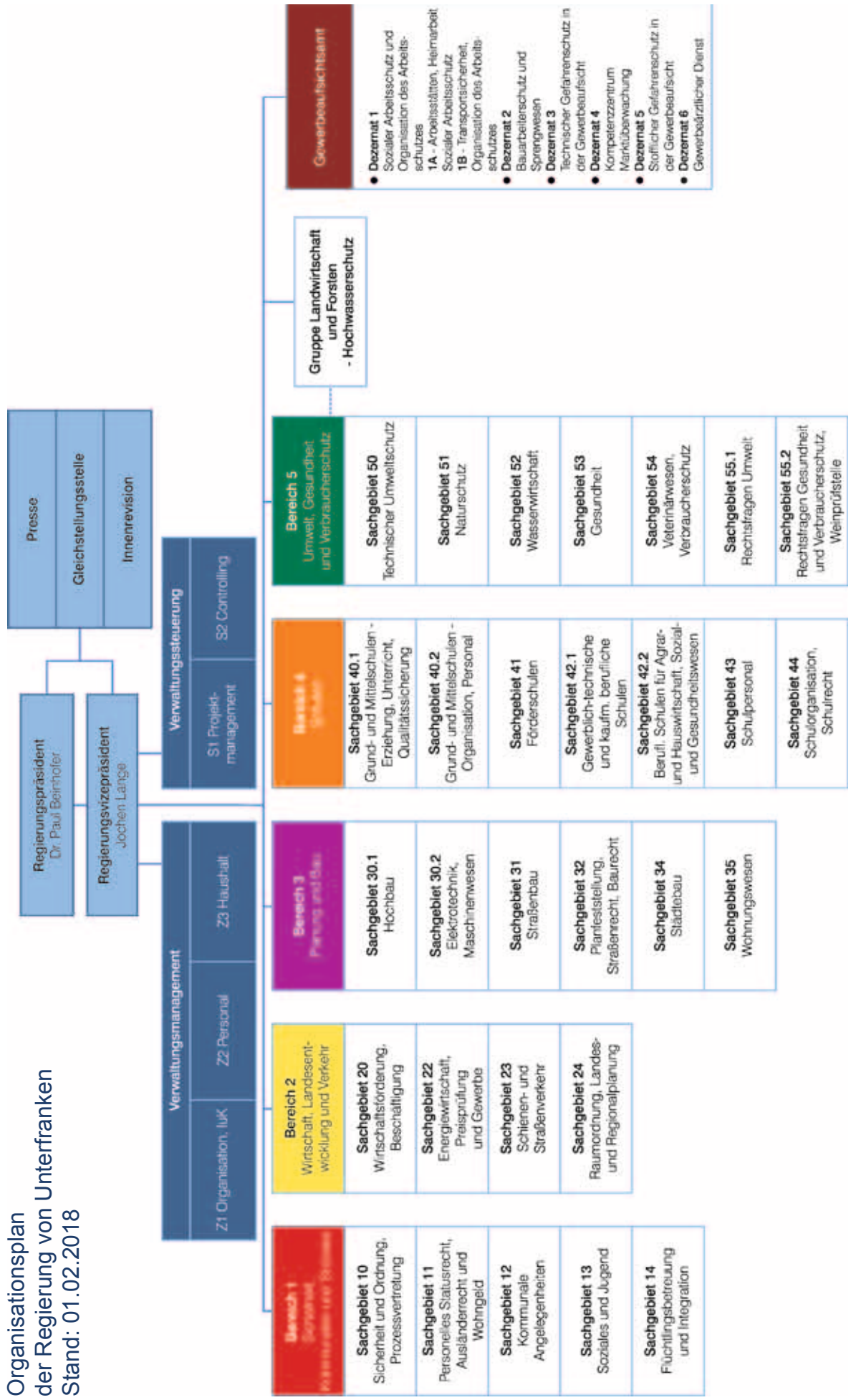
Michael Gutsche

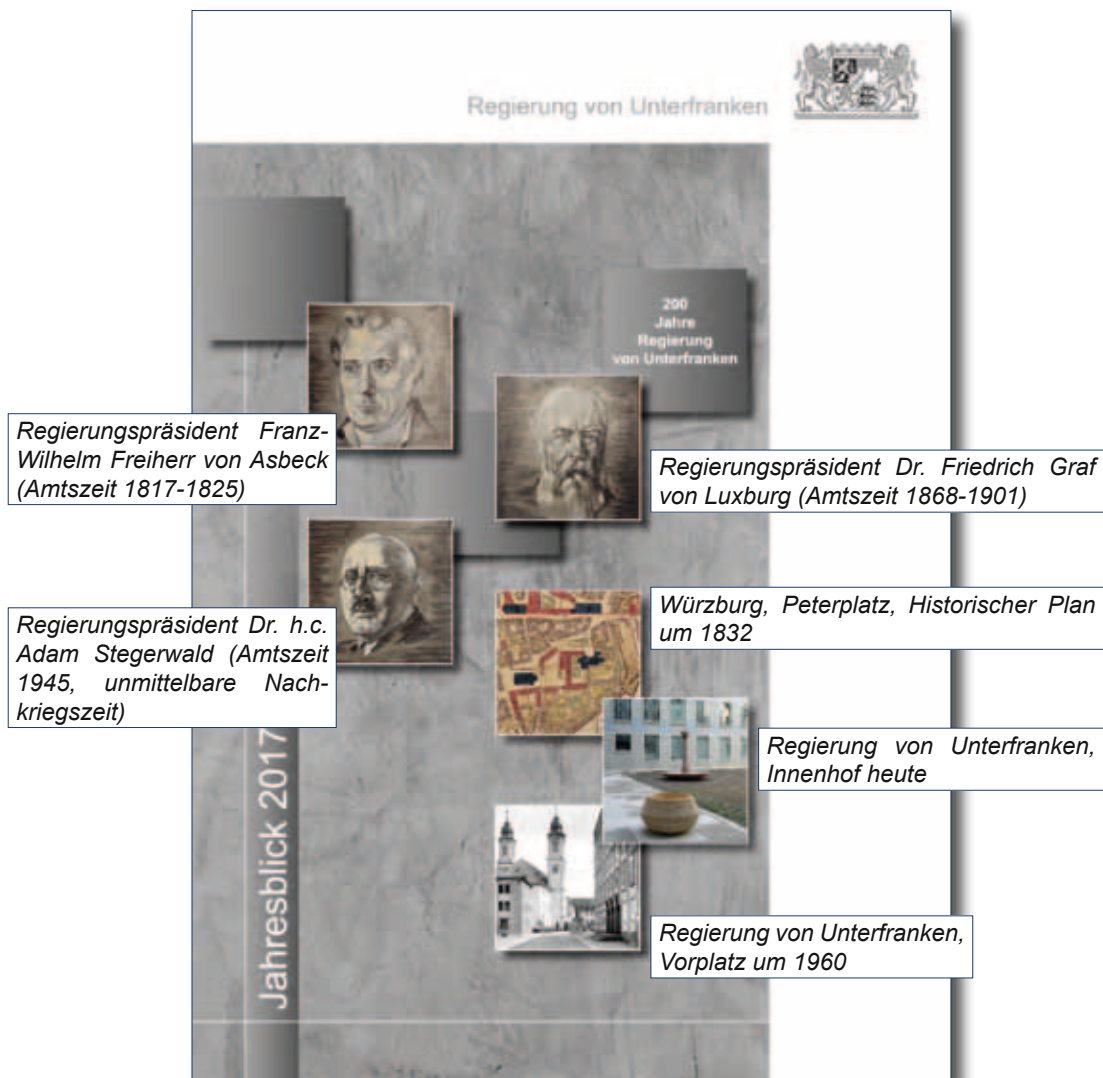
Kontakt

Tel.: 0931/380-1820

E-Mail: dezernat1b@reg-ufr.bayern.de

Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 01.02.2018





Redaktioneller Hinweis zur Verwendung der männlichen und weiblichen Schreibform

Um auch unter der Maßgabe der guten Lesbarkeit flüssige und gut erfassbare Texte für unsere interessierten Leser anzubieten, haben wir nicht in jedem Fall gleichzeitig männliche und weibliche Sprachformen verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten selbstverständlich für beiderlei Geschlecht.



Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken
 Peterplatz 9
 97070 Würzburg
 Telefon: 0931/380-00
 Fax: 0931/380-2222
 E-Mail: poststelle@reg-ufr.bayern.de
 Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Johannes Hardenacke
 Pressestelle

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich
 Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht
 anders vermerkt

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten